

Stalinismus

**Zusammenbruch
und weitere
Perspektiven**

Eine **VR4W**-Broschüre

3,- DM

Vorwort

Mit dieser Broschüre veröffentlichen wir ein Zwischenergebnis der Diskussion unter VORAN-Unterstützern über die Ereignisse in den Ostblockländern seit den Revolutionen von 1989. Marxisten waren schon immer der Auffassung, daß diese Länder durch die diktatorische Kontrolle einer privilegierten Elite über die Wirtschaft und den Staatsapparat in eine tiefe Krise geraten würden. Um wirklichen Sozialismus aufzubauen muß, die Arbeiterklasse diese herrschende Elite in einer Revolution stürzen und selbst die demokratische Planung der Wirtschaft nach ihren Interessen in die eigenen Hände nehmen.

In den 80er Jahren ist die Krise der stalinistischen Länder immer offenkundiger geworden und die scheinbar unerschütterlichen Diktaturen haben Risse bekommen. Die Arbeiterklasse verlor ihre Furcht vor dem Unterdrückungsapparat angesichts der Spaltungen in der Spitze der herrschenden Bürokraten, welchen Weg sie einschlagen sollten, um dem drohenden Sturz zu entgehen. Nationale Massenbewegungen und Streiks waren die Vorboten der Revolution. 1989 wurden die osteuropäischen Regimes von Massenbewegungen der Arbeiterklasse gestürzt. Allerdings gab es in keinem dieser Länder eine klare Vorstellung unter den Massen, womit die alten Regimes ersetzt werden sollten. Der Prozeß der Revolution gegen den Stalinismus hat begonnen – wie die Marxisten als einzige sozialistische Tendenz schon immer vertreten hatten. Doch der konkrete Verlauf der Revolution und die Frage wie und wann sie ihren Abschluß im Aufbau einer Arbeiterdemokratie findet, konnte nicht vorhergesehen werden. Nachdem die Arbeiterklasse durch den Sturz der stalinistischen Diktaturen und dem Zugestehen demokratischer Freiheiten einen Sieg errungen hatte, war auch das unmittelbare Ziel der revolutionären Bewegung zunächst erreicht. So konnten sich viele der alten Stalinisten in neuem Gewande und mit neuem marktwirtschaftlichen Programm wieder in den oberen 10.000 etablieren. Der derzeitige Zusammenbruch im Ostblock mit Massenentlassungen und nationalistischen Pogromen stellt einen schweren Rückschlag im Prozeß der Revolution dar.

Diese Broschüre ist ein Anfang, um die Perspektiven für die nächsten Phasen im Prozeß der Revolution und Konterrevolution aufzuzeigen. Angesichts der Neuartigkeit und der Geschwindigkeit, mit der die Ereignisse ablaufen, ist sie in Thesenform abgefaßt.

Im Anhang veröffentlichen wir ein von VORAN-Redakteuren verfaßten Text als Grundlage für die Diskussion vom September 1990. Darin enthalten ist eine Zusammenfassung der marxistischen Analyse des Stalinismus sowie eine Bilanz der Perspektiven für diese Gesellschaft.

Redaktion VORAN, Köln, den 19.12.91

Impressum:

Herausgeber:

Sozialistische Alternative (SAV)

Redaktionsanschrift:

Redaktion Voran, Hansaring 50670 Köln

Tel.: 0221/134504, Fax: 0221/137280

Druck:

Berger & Bosmann, Kassel

Erstellt im Dezember 1991

Stalinismus – Übergangsregime zwischen Kapitalismus und Sozialismus

1. Der Übergang von einer Gesellschaftsformation zur anderen ist ein komplexer Prozeß von Revolution und Konterrevolution, von der Ablösung verschiedener Übergangsgesellschaften. Der Übergang von der Urgesellschaft zur Sklaverei dauerte mehr als 1000 Jahre. Die Ablösung der römischen Sklavenhaltergesellschaft durch den Feudalismus dauerte 500 Jahre. Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus begann 1917 mit der Russischen Revolution. Die etwas mehr als 70 Jahre seither sind für eine Übergangsperiode ein historisch kurzer Zeitraum.

2. Die russische Revolution war die bedeutsamste Entwicklung des 20. Jahrhunderts. Sie schlug ein neues Kapitel in der Menschheitsgeschichte auf. Zum ersten mal hatte die Arbeiterklasse in einem Land die Macht erobert und Großgrundbesitzer und Kapitalisten entmachtet. Der totalitäre, zaristische Staatsapparat wurde zerschlagen und eine relativ gesunde Arbeiterdemokratie aufgebaut.

3. Für Lenin und Trotzki war die russische Revolution der Auftakt zur Weltrevolution. Durch die Ausbreitung der sozialistischen Revolution Richtung Westen sollte das rückständige Rußland schnell auf das Niveau der fortgeschrittenen Länder gehoben werden und so die Grundlage für die materielle Absicherung der jungen Arbeiterdemokratie geschaffen werden.

4. Wegen der Niederlagen der Revolutionen im Westen – insbesondere der deutschen – blieb die Revolution in Rußland isoliert. Diese Isolation zusammen mit der enormen Rückständigkeit waren verantwortlich für den Sieg der stalinistischen Konterrevolution Mitte der 20er Jahre.

5. So wie die klassische bürgerliche Revolution in Frankreich von 1789 nicht unmittelbar in einer bürgerlichen Demokratie endete, sondern im bürgerlichen Bonapartismus, endete die Oktoberrevolution nicht in einer stabilen Arbeiterdemokratie, sondern in einem proletarisch Bonapartismus, oder Stalinismus. Der Stalinismus ist ein Übergangsregime zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Übergangsregimes können nicht auf Dauer bestehen. Früher oder später muß es zur politischen Revolution oder zur sozialen Konterrevolution kommen. Vor dieser Entscheidung stehen die stalinistischen Staaten am Ende dieses Jahrhunderts.

6. Der Sieg der Bürokratie in der Sowjetunion bedeutete die völlige Zerschlagung der aus der Revolution hervorgegangenen relativ gesunden Arbeiterdemokratie. Gleichzeitig blieben Staatseigentum an Produktionsmitteln und Planwirtschaft bestehen. Die Bürokratie nutzte die Vorteile der Planwirtschaft für ihre eigenen Privilegien.

7. Im Unterschied zum Kapitalismus gibt es für den Stalinismus keine historische Rechtfertigung. Die Bürokratie ist kein notwendiger Träger der Planwirtschaft, sondern war von Anfang an ein parasitäres Geschwür des Arbeiterstaats. Der Stalinismus ist historisch betrachtet eine Sackgasse, in die sich die Menschheit wegen der Verzögerung der Weltrevolution hineinmanövriert hat.

8. Mit dem Sieg der stalinistischen Konterrevolution degenerierte die Komintern zur außenpolitischen Agentur Stalins. Der Stalinismus wurde damit neben dem Reformismus im weiteren Verlauf der Geschichte zu einem konterrevolutionären Faktor im Prozeß der Weltrevolution (Bsp. Niederlage der chinesischen Revolution 1927, Niederlage der spanischen Revolution in den 30er Jahren). Die erfolgreichen sozialen Revolutionen nach dem 2. Weltkrieg in Osteuropa und China und in anderen Staaten der kolonialen Welt entwickelten sich gegen den Willen des Kreml.

9. Seine jahrzehntelange Stabilität erhielt der Stalinismus durch die Überlegenheit einer geplanten Wirtschaft über die kapitalistische Anarchie. Die Sowjetunion hatte sich nach 1917 innerhalb weniger Jahrzehnte von einem völlig unterentwickelten Land zu der zweiten Wirtschafts- und Weltmacht entwickelt.

Internationales Kräfteverhältnis

10. Der Sieg der russischen Revolution war eine gewaltige Niederlage für den Imperialismus. Die riesige Sowjetunion stand nicht mehr zu seiner Ausbeutung zur Verfügung. Der Versuch, durch die Invasion von 21 imperialistischen Armeen die Revolution niederzuschlagen, scheiterte. Die 3. Internationale wurde eine Massenorganisation, die für den Kapitalismus weltweit eine Bedrohung darstellte.

11. Der deutlichste Beweis für die Überlegenheit der Planwirtschaft war der Sieg der Sowjetunion über den Faschismus und Imperialismus im 2. Weltkrieg. Dieser Sieg führte zu einer weiteren Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnis zugunsten der Sowjetunion.

12. Dem Stalinismus gelang es, die Revolutionen in Osteuropa nach dem 2. Weltkrieg unter Kontrolle zu bringen und sie in proletarisch-bonapartistische Bahnen zu lenken. Das Vordringen der Roten Armee spielte eine entscheidende Rolle beim Aufbau der Satelliten-Staaten. Ganz Osteuropa wurde stalinistisch.

13. Die enormen Fortschritte, die die Sowjetunion auf der Grundlage einer geplanten Wirtschaft erzielte, übten auf die Massen und kleinstädtischen Schichten in der kolonialen Welt eine besondere Anziehungskraft aus. Bis in die 70er Jahre fanden in einer Reihe von Ländern soziale Revolutionen statt, deren Ergebnis die Errichtung von Staaten nach dem Vorbild der Sowjetunion war (China, Kuba, Syrien, Vietnam,

Nord-Korea, Laos, Süd-Jemen, Kambodscha, Burma, Mozambique, Angola, Äthiopien, Afghanistan). In fast all diesen Ländern wurde auf der Grundlage von Staatseigentum an Produktionsmitteln und einer geplanten Wirtschaft Fortschritte erzielt wie sie unter kapitalistischen Bedingungen unmöglich gewesen wären. Auf diese verzerrte Weise setzte sich für Jahrzehnte die historische Notwendigkeit einer geplanten Wirtschaft durch.

14. Bis 1917 war der Kapitalismus uneingeschränktes Weltsystem. 60 Jahre später war bereits 1/3 der Menschheit nicht mehr unter seiner Kontrolle, sondern lebte in Verhältnissen von Staatseigentum und Planwirtschaft – allerdings überall stalinistisch deformiert.

15. Der Prozeß der sozialen Revolution war eine enorme Bedrohung für den Imperialismus. Mit allen Mitteln versuchte er, dieser Bedrohung entgegenzutreten: Militäreinsätze, Kalter Krieg, Zugeständnisse an die Arbeiterklasse.

16. Vor allem in seinen Hochburgen war der Imperialismus nach dem 2. Weltkrieg – nicht zuletzt aufgrund der Existenz der Länder mit Staatseigentum und Planwirtschaft – gezwungen, immense Zugeständnisse an die Arbeiterklasse zu machen; sowohl was demokratische Rechte anbetrifft als auch den Lebensstandard. Deutschland und Japan wurden vom US-Imperialismus bewußt als Bollwerke gegen den „Kommunismus“ aufgebaut.

17. Die Existenz der Sowjetunion als zweitgrößte Wirtschaft- und Weltmacht und militärischer Sieger des 2. Weltkriegs schuf die Nachkriegs-Weltordnung, die vom Hauptgegensatz zwischen den Supermächten Sowjetunion und USA geprägt war. Die innerimperialistischen Interessengegensätze wurden dadurch gedämpft, und der Imperialismus insgesamt wurde durch die Existenz der Supermacht Sowjetunion im Zaum gehalten. Der Imperialismus hatte die Hoffnung aufgegeben, die stalinistischen Staaten einnehmen zu können.

Krise und Zusammenbruch des Stalinismus

18. Eine ganze historische Epoche lang konnten sich die Vorteile der Planwirtschaft trotz der Bürokratie entfalten. Die Bürokratie war ein relatives Hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte, weil bei demokratischer Kontrolle die Wirtschaft viel schneller und harmonischer hätte entwickelt werden können. Die Bürokratie wurde zum absoluten Hindernis für die Produktivkräfte, nachdem der grundlegende wirtschaftliche Aufbau, die Entwicklung von Infrastruktur und Industrie abgeschlossen war, was – mehr schlecht als recht – auch noch mit bürokratischen Kommando-Methoden bewältigt werden kann. Die Produktivkraftentwicklung kam mehr und mehr in Konflikt mit der bürokratischen Kontrolle über die Wirtschaft und den nationalen Grenzen.

19. In einer komplexen Industriegesellschaft kommt Planwirtschaft ohne Kontrolle der Produzenten nicht mehr weiter. Je mehr die Wirtschaft sich entwickelte, desto

weniger konnte sie durch Befehle und Direktiven von oben am Laufen gehalten werden. Eine Planwirtschaft benötigt die Einbeziehung, die direkte Teilnahme und Kontrolle der Massen, sonst wird sie ab einem gewissen Punkt stagnieren und in eine Krise geraten. Der Widerspruch zwischen dem ökonomischen Unterbau und politischen Überbau wurde immer größer, zumal die Bürokratie im Laufe der Entwicklung nicht kleiner wurde, sondern immer größer, träger, korrupter und einen immer größeren Anteil des gesellschaftlich produzierten Reichtums verkonsumierte und vergeudete.

20. Die nach Millionen zählende bürokratische Kaste hält den Staatsapparat und die Wirtschaft umklammert. Jeder Teil des Staatsapparates – die Armee, die Polizei- und die „kommunistische Partei“ – ist zum Zwecke der Verteidigung der Interessen der herrschenden Elite geformt. Die Bürokratie verteidigte das Staatseigentum und die Planwirtschaft nicht im Interesse der gesamten Gesellschaft, sondern nur insoweit und solange sie die Quellen ihrer eigenen Privilegien waren.

21. Ende der 60er bis Ende der 70er Jahre hat sich die Sowjetunion nur im Schnecken-tempo weiterentwickelt. Sie eilte nicht mehr vorwärts wie in den Jahren vor dem Krieg und ein oder 2 Jahrzehnte danach. Von 1913 bis 1963 schoß die Industrieproduktion in der Sowjetunion um das 52fache in die Höhe, während sie sich in den USA nur versechsfachte. In den 50er Jahren wuchs die Wirtschaft durchschnittlich um 12% pro Jahr und übertraf damit sogar auf dem Gipfel des Booms fast jede kapitalistische Macht.

22. In den 70er Jahren entwickelte sich die Bürokratie in der Sowjetunion von einer relativen Fessel der Produktivkräfte zu einer absoluten Fessel. Die Wachstumsraten wurden niedriger als im kapitalistischen Westen. In der ersten Hälfte der 80er Jahre stagnierte die Wirtschaft. Und schlimmer noch: Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre erlebte das Nationaleinkommen Einbrüche, tiefer als in den USA. Der größte Rückgang im BSP der USA war 1982 mit -2%. In der SU sank das Nationaleinkommen 1990 um 7%. Der katastrophale Einbruch ab der zweiten Hälfte der 80er Jahre ist bereits darauf zurückzuführen, daß die Planwirtschaft durch Einführung marktwirtschaftlicher Elemente immer mehr Ungleichgewichte produzierte.

23. Egal zu welchen Mitteln die Bürokratie greift, sie kann die Krise nicht überwinden, weil ihre eigene Herrschaft Hauptursache der Krise ist.

Politische Revolution

24. Wie Marx voraussagte, eröffnet die Krise der Gesellschaft, die Epoche der Revolution. Trotzki hat in „Verratener Revolution“ analysiert, wie die Bürokratie selbst die Revolution gegen sich vorbereitet. Und er stellte fest, daß diese Revolution keine soziale Revolution sein wird, sondern eine politische: das Staatseigentum an Produktionsmitteln bleibt erhalten, der bürokratische Staatsapparat wird zerschla-

gen und durch eine echte Arbeiterdemokratie ersetzt. Trotzki's Perspektive von der politischen Revolution wurde mehrmals in der Geschichte bestätigt.

25. Bereits in den 50er und 70er Jahren wurde der Stalinismus durch revolutionäre Aufstände in seiner Macht bedroht: 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und Polen und wiederum in Polen 1971. Jeder dieser Fälle war eine revolutionäre Situation mit Phasen von Doppelherrschaft, d.h. die Arbeiter hatten bereits eigene Machtorgane aufgebaut während gleichzeitig die Bürokratie nicht völlig entmachtet war. Diese Revolutionen endeten mangels einer revolutionären Organisation in Niederlagen. Und weil die Planwirtschaft seinerzeit selbst unter bürokratischer Herrschaft noch einen Fortschritt für die Massen brachte, konnte die Bürokratie ihre Herrschaft vorübergehend nochmals stabilisieren.

26. In der Geschichte der politischen Revolution gibt es eine aufsteigende und eine absteigende Linie. Von den 50er bis zu Polen 1980 machte in Arbeiterklasse in der Tendenz immer dort weiter, wo die letzte Bewegung stehengeblieben war. Aus den Kämpfen national und international wurden für jeden neuen Kampf die Erfahrungen der Vergangenheit verarbeitet. Die polnische Revolution 1980 war der Höhepunkt dieser aufsteigenden Linie. Mit Solidarnosc hatte die Arbeiterklasse die stärkste Organisation geschaffen, die jemals eine Arbeiterklasse in einem Land hatte. 10 Millionen Arbeiter und 3 Millionen Klein(st)bauern waren in ihr organisiert. Solidarnosc war mehr als eine Gewerkschaft. Sie war eine unabhängige Organisation der Arbeiter, die der Gesellschaft ein Jahr lang ihren Willen aufdrückte. Es war eine Periode von Doppelherrschaft. Auf dem letzten Kongreß hatte die Führung unter dem Druck der radikalisierten Aktivisten beschlossen, die Macht im Staat vollends zu übernehmen. Die ganze Zeit vom Beginn der Bewegung der polnischen Arbeiterklasse bis zur Niederschlagung gab es keinerlei Tendenzen oder Illusionen seitens der Arbeiter in eine kapitalistische Restauration. Das Vertrauen der Arbeiterklasse in die Planwirtschaft wurde bis dahin nicht zuletzt davon genährt, daß selbst mit bürokratischer Herrschaft noch gewisse Fortschritte erzielt wurden. Einzig und allein wegen der zögernden Haltung bzw. wegen des Unwillens von Walesa und seiner Berater aus den Reihen der Kirchenführung und bürgerlicher kleinbürgerlicher Akademiker wurde die Doppelherrschaft nicht in die Herrschaft der Arbeiterklasse verwandelt. Das gab dem Regime den Spielraum für die stalinistische Konterrevolution im Dezember 1981.

27. Wie in jeder Revolution gab es in den revolutionären Massenbewegungen der 50er bis 80er Jahre konterrevolutionäre Tendenzen und Elemente. In Polen war dies vor allem der Masseneinfluß der katholischen Kirche. Aber diese konterrevolutionären Tendenzen spielten bis dahin eine völlig untergeordnete Rolle.

28. Die Niederlage der polnischen Arbeiterklasse hatte weitreichende Auswirkungen auf das Bewußtsein der Arbeiterklasse – nicht nur in Polen und den anderen stalinistischen Staaten, sondern auch im Westen. Hatte die Bewegung, solange sie in der Offensive war, weltweit Hoffnungen auf eine sozialistische Demokratie als Alter-

native zum Kapitalismus genährt, nahm die Arbeiterklasse international ebenso Anteil an der Niederlage.

29. Besonders auf den Gang der Ereignisse in den Ostblockländern und in der Sowjetunion blieb die Niederlage der polnischen Arbeiterklasse und die noch katastrophalere Wirtschaftslage in Polen in den 80er Jahren nicht ohne Auswirkungen. Die Arbeiter zogen aus der polnischen Erfahrung die richtige Schlußfolgerung, daß durch Streiks alleine auf Dauer nichts erreicht werden kann. Andererseits führte diese Streikzurückhaltung dazu, daß die Arbeiterklasse sich nicht als Klasse formierte, sie ihre eigene Stärke nicht erkannte.

30. Die polnischen Erfahrungen dürften ein Grund dafür sein, daß die ungarische Arbeiterklasse bis heute noch nicht wieder die Bühne der Geschichte betreten hat.

31. Die allgemein zu beobachtende Zurückhaltung der Arbeiterklasse, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen bzw. die Bereitschaft, erkämpfte Positionen relativ leicht wieder abzugeben, dürfte zu einem guten Teil eine negative Folge der polnischen Erfahrung sein. Zum anderen ist sie eine Folge des Generationswechsels seit den revolutionären Kämpfen in den 50er Jahren. Die Lehren dieser Kämpfe sind im Bewußtsein der Arbeiterklasse weitgehend verlorengegangen.

32. Andererseits hat die polnische Erfahrung die Arbeiterklasse in den anderen stalinistischen Ländern nicht davon abgehalten unabhängige Gewerkschaften aufzubauen. In Ungarn hat die unabhängige Gewerkschaft sogar den Namen „Solidarität“.

33. Die Rückentwicklung des Bewußtseins wird nirgend deutlicher als in Polen selbst. Die Masse der Arbeiter sieht heute in der kapitalistischen Restauration die einzige Alternative. Die Führung von Solidarnosc ist ideologisch völlig degeneriert. Sie verfolgt eine offen prokapitalistische Politik.

Reformen von oben gegen Revolution von unten – die Ära Gorbatschow

34. Unter dem Eindruck der Stagnation der Wirtschaft und der Bewegung in Polen 1980 kam es zu einer tiefen Spaltung innerhalb der stalinistischen Bürokratie. Die weitsichtigeren Teile der Bürokratie, die durch Reformen von oben eine Revolution von unten verhindern wollten, kamen im Laufe der 80er Jahre mehr und mehr an die Oberfläche.

35. Zunächst wurden Experimente mit marktwirtschaftlichen Maßnahmen im Rahmen der Planwirtschaft versucht. Ungarn und Jugoslawien gingen als erstes diesen Weg. In der Sowjetunion war Gorbatschow der oberste Repräsentant dieser Politik. Perestroika und Glasnost waren seine Zauberformeln zur Reformierung von Wirtschaft und Staat. Was sich dahinter verbarg, war der Versuch, durch Liberalisierung

und durch den Aufbau einer neuen, technokratischen effizienten Schicht von Bürokraten die Macht und den Widerstand der stalinistischen Hardliner zu brechen.

36. Die Wirtschaft sollte ursprünglich durch eine Kombination von Marktelementen mit der Planwirtschaft, durch Modernisierung und durch Abbau des militärisch-industriellen Komplexes wieder in Gang gesetzt werden.

37. Marktelemente sollten für die Arbeiterklasse bedeuten: eine stärkere Lohndifferenzierung, den Abbau von Subventionen für Preise und unrentable Betriebe. Die Arbeiterklasse sollte also für die Krise bezahlen, die die Bürokratie eingebrockt hatte.

38. Gorbatschow versprach das Nationaleinkommen bis 1990 um das 1,6fache zu steigern und die Produktivität um 23% zu erhöhen. Er konnte sich anfangs durchaus auf die Massen stützen. Sie verbanden mit Glasnost und Perestroika die Hoffnung auf eine sozialistische Demokratie. Dementsprechend verstanden sie ihre Kämpfe anfangs als Unterstützung für Glasnost und Perestroika.

39. Gorbatschow und die herrschende Bürokratie sahen sich immer mehr von den Erwartungen der Arbeiterklasse und ihren Kämpfen bedroht. Seine Maßnahmen zeigten sich alsbald – und wie von Marxisten vorausgesagt – als unfähig, den Zusammenbruch der Wirtschaft aufzuhalten. Nach einer kurzfristigen vorübergehenden Verbesserung verschlechterte sich die Lage. Die Geduld der Arbeiter wurde immer mehr strapaziert. Die Spaltung innerhalb der Bürokratie wurde tiefer.

40. Im Interesse der eigenen Machterhaltung sah sich Gorbatschow gezwungen einen Balanceakt nach dem anderen zwischen Arbeiterklasse und Bürokratie bzw. zwischen den verschiedenen Schichten der Bürokratie zu vollführen. Seine Politik hatte keine klare Linie mehr, sondern wurde zum Zick-Zack-Kurs. Anfang 1990 ergriff er schließlich die Flucht nach vorne. Innerhalb der Bürokratie hatte sich nicht zuletzt unter dem Druck der Ereignisse in der DDR und den osteuropäischen Ländern die Position durchgesetzt, daß die Planwirtschaft abgeschafft und der Kapitalismus eingeführt werden mußte.

41. Der immer noch anhaltende Aufschwung im Westen blendete die Bürokratie und sie sahen für sich selbst eine Perspektive darin sich in kapitalistische Manager, bürgerliche Politiker oder Staatsbeamte zu verwandeln.

42. Ende 1989, Anfang 1990 machte Gorbatschow zwar noch Lippenbekenntnisse über den Sozialismus, aber er war genötigt einen Ausweg aus dem Dilemma zu suchen, daß die Planung zusammengebrochen war, aber durch keinen anderen Mechanismus ersetzt wurde. Die Wirtschaft versank im Chaos. Gleichzeitig tobte der Bürgerkrieg in den Republiken. In dieser Situation ging Gorbatschow zu einem Programm radikaler Maßnahmen zur Einführung der Marktwirtschaft über – vorgelegt im Obersten Sowjet im Oktober 1990. Gleichzeitig sicherte er sich mehr Vollmachten, um seine Politik gegen alle Widerstände aus der Arbeiterklasse und dem Staatsapparat durchzusetzen. Dafür suchte Gorbatschow die Unterstützung der Inhaber zentraler Machtstellen im Staatsapparat (Armee, KGB).

43. Auf der anderen Seite versuchte Gorbatschow, sich direkt auf die Arbeiterklasse zu stützen. Anfang Dez. 1990 erließ er den Aufbau von Arbeiterkomitees, um die Verteilung von Grundnahrungsmitteln zu kontrollieren und den Schwarzmarkt und die Spekulation zu bekämpfen. Er nutzte damit den Haß der Arbeiter auf die neu entstandenen Schicht von kapitalistischen Ausbeutern und Schmarotzern für seine Politik. Die Rechnung ging nicht auf: Da sich die Lage im Winter 1990/91 weiter zuspitzte, richtete sich der Haß der Arbeiter mehr und mehr gegen ihn selbst. Es gab Massenproteste und Streiks gegen die Preiserhöhungen. Trotz Streikverbot traten die Bergarbeiter in den Streik und forderten vor einigen Monaten den Rücktritt von Gorbatschow und seiner Regierung.

44. Auch der Westen erwies sich nicht als Rettungsanker für Gorbatschow. Sein Bettelgang beim Treffen der G7 im Juli 1991 brachte keine konkreten Zusagen. Außer der BRD-Regierung – die sich selbst den größten Marktanteil aus dem Zusammenbruch der Planwirtschaft in der SU erhofft – war keine westliche Regierung bereit, Gorbatschow finanzielle Hilfen beim Übergang zur Marktwirtschaft zu gewähren.

45. Schon in der Breschnew-Ära setzte die Kreml-Bükratie auf Öffnung zum Weltmarkt und friedliche Koexistenz mit dem Imperialismus. Die Ära Gorbatschow setzte in dieser Hinsicht neue Maßstäbe. Die Einführung von marktwirtschaftlichen Elementen in der Sowjetunion bedeutete in der Außenpolitik verstärkte Anbiederung an den Imperialismus. Den proletarisch-bonapartistischen Regimes in der ex-kolonialen Welt wurde die Unterstützung entzogen. Die Unterstützung der USA im Golfkrieg ermöglichte es dem Imperialismus überhaupt erst, ihren Krieg zu führen.

46. Stalinistische Staaten in der exkolonialen Welt, die in den 70er Jahren entstanden waren, die weniger eigene Ressourcen hatten, enorm rückständig waren und weniger oder gar keine Unterstützung von der Sowjetunion erhielten, gerieten ebenfalls in einen Zerfallsprozeß.

47. Die Politik der friedlichen Koexistenz der Sowjetunion mit dem Imperialismus führte bereits vor Gorbatschow dazu, daß der Kreml versuchte, Revolutionen in der exkolonialen Welt zu verhindern bzw. zu stoppen (Bsp. Ägypten unter Nasser, Nicaragua). Proletarisch-bonapartistische Staaten, in denen die Sowjetunion keine strategischen Interessen verfolgte, wurden nicht mehr unterstützt (Bsp. Angola, Mozambique).

Die Tendenzen in Richtung Einführung marktwirtschaftlicher Elemente und kapitalistischer Restauration und die offen pro-imperialistische Außenpolitik der Sowjetunion seit Gorbatschow führten in der exkolonialen Welt zur Demoralisierung derjenigen Schichten, die unter früheren Umständen Träger bzw. Führer einer sozialen Revolution geworden wären (Guerrillaführer und kleinbürgerliche linke Flügel des Staatsapparats bzw. der Armes). Das erklärt, daß es in den 80er Jahren trotz verschärfter Ausbeutung der 3. Welt zu keiner erfolgreichen sozialen Revolution kam und weshalb die politische Revolution in Nicaragua von 1979 durch den Wahlsieg von Chamorro 1990 wieder rückgängig gemacht werden konnte.

Revolution und Konterrevolution Ende der 80er Anfang der 90er Jahre

48. Die Massenbewegungen in den stalinistischen Staaten seit 1989 eröffneten eine neue Phase im Prozeß der politischen Revolution. Die Bewegung begann im April in China und setzte sich im Herbst in der DDR und anschließend in Bulgarien, CSSR, Rumänien und Albanien fort. In der Sowjetunion kam es zu den größten Massenprotesten seit der russischen Revolution.

49. Die Bürgerlichen im Westen und ihre Nachbeter in den Reihen der Arbeiterbewegung waren von den Ereignissen in den stalinistischen Ländern völlig überrascht. Für sie waren diese Staaten stabile monolithische Gebilde. Die Arbeiterklasse betrachteten sie als unfähig, diese Gesellschaften zu erschüttern, geschweige denn die alten Regimes zu stürzen. Sie hatten sich auf friedliche Koexistenz mit dem Stalinismus eingerichtet und begnügten sich damit, durch Kreditvergabe und schlechte Terms of Trade Profite aus diesen Ländern zu ziehen. Es blieb dem Marxismus vorbehalten, Revolutionen vorauszusagen.

50. In keinem stalinistischen Land begann die Bewegung als Bewegung für kapitalistische Restauration. Pro-kapitalistische Ideen waren nur ein Faktor in der Bewegung, so wie jede Revolution wegen ihrer Spontaneität mehr oder weniger stark verwirrt beginnt.

51. Marxisten haben immer wieder auf die zentrale Rolle des subjektiven Faktors in Revolutionen hingewiesen. Wenn es eine marxistische Führung, d.h. eine gut verankerte, revolutionäre Organisation mit ausreichend Kadern gegeben hätte, wären überall Arbeiterräte aufgebaut worden, die durch landesweite Koordination und eine internationalistische Position zu den Bewegungen in den Nachbarländern nationale Arbeiterdemokratien und Föderationen von Arbeiterdemokratien verschiedener Nationalitäten aufgebaut hätten. D.h. nicht, daß im Prozeß der Revolution Elemente der Konterrevolution vermeidbar gewesen wären. Aber sie hätten nur vorübergehend eine Rolle gespielt oder nur zeitweise die Oberhand gewonnen. Was Trotzki in Bezug auf das Verpassen revolutionärer Chancen in den 20er und 30er Jahren formulierte, gilt auch für die revolutionären Prozesse heute: „Die Krise der Menschheit ist die Krise der Führung der Arbeiterklasse.“

52. Dennoch hat sich in allen Massenbewegungen Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre die Stärke der Arbeiterklasse erwiesen. Der Generalstreik in der CSSR im November 1989 war der entscheidende Schlag beim Sturz des alten Regimes.

53. In Rumänien, wo Ceaucescu sich weigerte, irgendwelche Zugeständnisse zu machen und jede Opposition gewaltsam erstickte, erhielten er und seine Sekuritate eine entsprechende Quittung. Durch einen bewaffneten Aufstand stürzte die rumänische Arbeiterklasse, unterstützt von den einfachen Soldaten und niederen Rängen der Armee, die Ceaucescu-Dynastie und stoppte die verhaßte Geheimpolizei. Noch im

Sommer 1990 verteidigten die Bergarbeiter die Planwirtschaft gegen eine prokapitalistische Bewegung von Studenten und Kleinbürgern.

54. In der Sowjetunion waren es vor allem die Bergarbeiter, die das Regime durch mehrere Streikwellen enorm unter Druck setzten. Sie stellten nicht nur materielle Forderungen sondern auch politische. Unter anderem forderten sie die Kontrolle der Belegschaften über ihre Gruben. Im Frühjahr 1991 forderten sie den Rücktritt von Gorbatschow und der ganzen Zentralregierung. Wie an anderer Stelle erklärt, war die Stärke der Arbeiterklasse in der Sowjetunion letztlich ausschlaggebend für das Scheitern des Putsches im August diesen Jahres.

55. In allen stalinistischen Ländern war die Arbeiterklasse beim Sturz der alten Regimes die entscheidende Kraft. Charakteristisch war allerdings, daß sich die Arbeiterklasse im Prozeß der Revolution 1989 bis 1991 nicht oder nur vorübergehend (CSFR Rumänien, Albanien) als Klasse bewegt hat.

56. Die Ereignisse in Rumänien waren eine Warnung für die Diktaturen der Welt. Gorbatschow ging unter dem Eindruck der rumänischen Ereignisse einen Schritt weiter in Richtung Liberalisierung. Und selbst das Apartheid-Regime in Südafrika ließ sich bei ihrer Entscheidung, Nelson Mandela freizulassen und den ANC anzuerkennen, von den rumänischen Ereignissen eine Lektion erteilen. Die Klerk hatte dies selbst offen zugegeben.

57. Für die Arbeiterklasse war der Sturz der alten stalinistischen Regimes ein riesiger Schritt vorwärts. Die Arbeiter haben sich demokratische Rechte erkämpft und begonnen, sie in ihrem Interesse zu nutzen. Andererseits gelang es den Arbeitern nicht die alten Regimes völlig zu zerschlagen. Selbst in Rumänien wurde nur die Spitzenbürokratie entmachtet. Es gibt es eine enorme Verwirrung im Bewußtsein der Massen.

58. Marxisten haben immer wieder mit Recht darauf hingewiesen, daß es in den stalinistischen Ländern, angefangen von der SU über China, Kuba usw., unter Verhältnissen von Staatseigentum und Planwirtschaft eine enorme Entwicklung der Produktivkraft gegeben hat. Andererseits haben es die Marxisten versäumt, sich in den letzten Jahren ein klares Bild über den katastrophalen Zustand von Wirtschaft und Ökologie sowie von der Einstellung der Arbeiterklasse bzw. den bewußtesten Schichten der Arbeiterklasse gegenüber der Oktoberrevolution zu verschaffen. Diese Faktoren waren bzw. sind für den Verlauf von Revolution und Konterrevolution bedeutsam. Allerdings konnte weder den schönfärberischen, offiziellen Statistiken der Bürokratie noch der antikommunistischen Propaganda der Bürgerlichen im Westen getraut werden.

59. Während der Entfaltung der Krise des Stalinismus und der Bewegung der Arbeiterklasse hat sich herausgestellt, daß neben der internationalen Krise der Führung der Arbeiterklasse folgende Faktoren ausschlaggebend dafür sind, daß der Prozeß der politischen Revolution in die kapitalistische Konterrevolution umschlagen konnte:

- die tiefe ökonomische Krise der stalinistischen Staaten.
- die Diskreditierung von Planwirtschaft und Sozialismus durch den Stalinismus.
- die negativen Auswirkungen jahrzehntelanger Diktatur auf das Bewußtsein und Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse.
- der seit 8 Jahren anhaltende Wirtschaftsaufschwung und die relative Passivität der Arbeiterklasse im Westen.
- die promarktwirtschaftliche Propaganda und Politik des liberaldemokratischen Flügels innerhalb der Bürokratie.

All diese Faktoren sind verantwortlich dafür, daß das Bewußtsein der Arbeiterklasse zurückgeworfen wurde und Illusionen in die Marktwirtschaft entstanden sind, oder besser gesagt, daß der Kapitalismus letztlich als überlegeneres System betrachtet wird.

60. Wegen der heutigen Weltlage, die davon gekennzeichnet ist, daß weder Kapitalismus noch Stalinismus die Produktivkräfte weiterentwickeln können, wegen der relativen Schwäche der Herrschenden beider Systeme bei gleichzeitiger zahlenmäßiger Stärke der Arbeiterklasse und Schwäche des Marxismus wird es längere Perioden mit Regimes geben, die weder stalinistisch noch kapitalistisch sind. Bereits jetzt sind in der exstalinistischen Welt Staaten vorherrschend, die ökonomisch noch vom Staatseigentum an Produktionsmitteln dominiert sind, der Staatsapparat aber unter bürgerlicher oder pro-bürgerlicher Kontrolle ist. D.h. es sind Staaten vergleichbar mit Nicaragua 1979 bis 1990 nur mit umgekehrtem Vorzeichen.

61. Wie Trotzki bereits erklärte, muß der Staatsapparat bei einer sozialen Konterrevolution nicht in gleichem Ausmaß gesäubert werden wie bei einer politischen Revolution. Wenn – wie heute – 80 bis 90% der Stalinisten ins bürgerliche Lager übergelaufen sind, reduzieren sich die Säuberungen auf ein Minimum. Die Bürgerlichen sind zu schwach, um die Arbeiterklasse ohne die alte Bürokratie zu regieren. In Polen gibt es deshalb eine Koalition zwischen den Bürgerlichen und den Ex-Stalinisten. Und selbst der BRD-Imperialismus ist gezwungen, sich der alten SED-Bürokraten zu bedienen, um die Arbeiterklasse zu regieren.

62. Der Stalinismus ist tot, aber noch nicht begraben. D.h., daß sich manche proletarisch-bonapartistische Staaten oder stalinistische Regimes in Republiken der Sowjetunion oder anderen Teilstaaten (Bsp. Serbien) halten können. Der Zusammenbruch des Stalinismus schließt auch nicht aus, daß selbst probürgerliche Regierungen unter dem Druck der Arbeiterklasse vorübergehend gezwungen sind, Staatseigentum und Elemente staatlicher Planung aufrechtzuerhalten oder sogar wieder einzuführen.

63. Der Stalinismus kann auch in dem Sinne ein gewisser Faktor bleiben, daß Organisationen entstehen, die unter den katastrophalen Verhältnissen einer kapitalistischen Restauration ein „Zurück zu den guten alten Zeiten“ propagieren. Solche Strömungen könnten sogar einen Widerhall bei der Arbeiterklasse finden. Das Wie-

dererstarcken der alten stalinistischen Gewerkschaft OPZZ in Polen ist ein Beispiel dafür.

64. Vor allem aber ist zu befürchten, daß nach weiteren Niederlagen der Arbeiter und in Zeiten von Demoralisierung in Zukunft Militärputsche rein bürgerlich bonapartistische Diktaturen vergleichbar dem Pinochet-Regimes an die Macht bringen werden.

65. Die Abwesenheit starker trotzkistischer Kräfte in der SU und in den anderen stalinistischen Ländern bedeutet, daß es keine Kraft gibt, die die historischen Interessen der Arbeiterklasse wirksam vertritt. Die Tradition des Trotzkismus und der Linken Opposition ist unterbrochen. Der Haß auf die stalinistische Bürokratie hat dazu geführt, daß das Kind mit dem Bad ausgeschüttet wurde. Die Arbeiterklasse ist sich nicht über die historische Bedeutung der Oktoberrevolution, die Rolle der Bolschewiken bewußt. Sozialismus und Planwirtschaft haben derzeit bei den Arbeitern keinerlei Anziehungskraft.

66. Die westlichen kapitalistischen Länder scheinen – vor allem wegen des relativ hohen Lebensstandards, der vollen Regale und der demokratischen Rechte der Arbeiterklasse – die bessere Systemalternative zu sein. Selbst die kämpferischsten Schichten der Arbeiterklasse haben ein sehr widersprüchliches Bewußtsein wie z.B. die Bergarbeiter in der SU. Sie bekämpfen am konsequentesten die Bürokratie, haben sich eigene Gewerkschaften und Arbeiterselbstverwaltungsorgane aufgebaut, orientieren sich politisch aber an Jelzin, haben Illusionen in Marktwirtschaft. Viele Arbeiter in der SU sind noch Mitglied der alten stalinistischen Gewerkschaft und versuchen, sie für ihre Interessen umzukrempeln. Unabhängige Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen stecken noch in den Kinderschuhen. In Polen hat die alte Staatsgewerkschaft OPZZ wieder relativ starken Einfluß, während Solidarnosc (NSZZ) Millionen Mitglieder verloren hat. Viele Arbeiter sind überhaupt nicht mehr organisiert. Arbeiter von profitablen Betrieben in der Sowjetunion, Polen und der CSFR haben Illusionen in Arbeitereigentum an den Betrieben. Hier gibt es bereits Spaltungen der Arbeiter ein und derselben Branchen zwischen Belegschaften rentabler und unrentabler Betriebe. Die Führer der Kusbass-Bergarbeiter fordern sogar eine Freihandelszone. Um auf dem Markt bzw. dem Weltmarkt zu konkurrieren, müssen Arbeiter ein Teil des erwirtschafteten Erlöses auf Kosten der Löhne wieder investieren. Das hat dazu geführt, daß Bergarbeiter die Forderung nach Mindestlöhnen, die sie per Streik durchgesetzt hatten, fallen ließen, nachdem sie die Kontrolle bzw. Verfügung über einen Teil der Produktion erhielten.

67. Solange der gegenwärtige Zustand andauert und die Arbeiter nicht in die Offensive gehen, um die Sache in die Hand zu nehmen, d.h. Wirtschaft und Gesellschaft unter ihre Kontrolle bringen, wird Chaos, Elend, Kriminalität und Barbarei um sich greifen. Die kapitalistische Restauration hat den Massen nichts zu bieten als eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse.

Revolution und Konterrevolution in der DDR

68. Die bürgerliche Propaganda möchte die Bewegung in der DDR von Anfang an als Kampf gegen den Sozialismus und den Wunsch nach kapitalistischem Anschluß interpretiert wissen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß der Herbst 89 den Beginn einer politischen Revolution gegen die Bürokratie markierte. Die Parolen, Reden und Flugblätter hatten eindeutig demokratisch-sozialistische Ansätze. Die wichtigsten Forderungen des Programms der politischen Revolution wurden erhoben: freie Wahlen, Wahlbarkeit und Rechenschaftspflicht der Amtsträger, weg mit den Privilegien. Es gürte in den bewaffneten Einheiten. An den Universitäten bildeten sich Studentenräte. Überhaupt tauchte die Idee der Rätedemokratie an verschiedensten Ecken und Enden immer wieder auf, ohne sich allerdings zu verallgemeinern.

69. Viele Forderungen drückten den Wunsch nach einem Sozialismus mit „menschlichem Antlitz“ aus oder machten deutlich, daß man das bisherige System nicht für sozialistisch, sondern für stalinistisch hielt. Auch war anfangs noch keine Rede von einem Anschluß an den kapitalistischen Westen. Die Massen machten z.B. am 4. November nicht mal den Versuch, Richtung Brandenburger Tor zu marschieren. Zwar waren anfangs eher Intellektuelle und Kleinbürger die führenden Köpfe der Bewegung, doch stießen ihre Forderungen nach einem demokratischen Sozialismus (wenn auch durch gewisse Illusionen in die Bürokratie diktiert) durchaus auf große Resonanz bei den Massen.

70. Die erneuerte Führung unter Krenz versuchte, die Bewegung durch ihr Entgegenkommen und den Dialog am runden Tisch aufzufangen und von der Straße weg in Verhandlungsbahnen zu leiten. Doch all ihre Reformankündigungen kamen entweder halbherzig oder zu später oder beides. Hier zeigt sich auch, wie wichtig der Zeitfaktor in der Politik ist. Dieselben Reformen – zwei Jahre vorher verwirklicht – hätten aus demselben Egon Krenz vermutlich für eine gewisse Zeit einen umjubelten „Gorbatschow der DDR“ gemacht.

71. Durch die diversen „runden Tische“ gelang der Bürokratie eine gewisse Hinhaltenaktik. Dies vor allem deshalb, weil die oppositionellen Gruppierungen sich darauf einließen und sich systematisch an der Nase herumführen ließen. Hier offenbart sich das Dilemma der Massenbewegung: das Fehlen einer klaren Führung, die die demokratisch-sozialistischen Bestrebungen aufgegriffen und verallgemeinert, die Regierung gestürzt, die gewissermaßen „auf der Straße liegende“ Macht ergriffen und die Massen zur Selbstorganisation aufgerufen hätte.

72. Die nächste Etappe der Revolution war vor allem durch die Öffnung der Mauer am 9. November, die Enthüllungen über die Korruptheit der Bürokratie und die Hiobsbotschaften über die wirtschaftlichen Probleme gekennzeichnet. Binnen weniger Wochen nach Öffnung der Mauer hatten 85% der DDR-Bevölkerung die BRD besucht und sich selbst ein Bild vom unterschiedlichen Lebensstandard machen können. Zwar war die DDR eines der höchstentwickelten RGW-Länder (zusammen

mit der CSSR). Doch liegt auf der Hand, daß die Arbeiter ihren Lebensstandard weniger mit anderen osteuropäischen Ländern verglichen als vielmehr mit dem drittstärksten imperialistischen Nachbarstaat derselben Nation.

73. Das Bekanntwerden der Privilegien und der Korruptheit der Bürokratie löste bei verschiedenen Schichten unterschiedliche Reaktionen aus. Zum einen gab es Massenaustritte aus der SED, empörte Demonstrationen von SED-Mitgliedern vor dem Gebäude des Zentralkomitees (darunter nicht wenige alte Kommunisten, die Jahrzehnte von der Bürokratie an der Nase herumgeführt worden waren) und die Forderung nach Selbstauflösung; Krenz wurde abgesetzt und das Gespann Modrow/Gysi als vorletztes Aufgebot der Bürokratie ins Rennen geschickt. In einer Reihe von Betrieben und Verwaltungsstellen bildeten sich Anti-Korruptions-Ausschüsse, die die Machenschaften der Bürokratie weiter aufdecken wollten. Bürgerkomitees zur Kontrolle der Stasi-Auflösung wurden ab Anfang Dezember ins Leben gerufen, Armee und Volkspolizei zersetzten sich immer mehr. Bei der Polizei bildeten sich Dienststellen-Räte, in der Armee eine Soldatengewerkschaft; über die Befehlsausführung entschieden die Soldaten immer häufiger selbst, bis hin zu Weigerungen, zum Manöver auszurücken.

74. Die Ansätze zur Selbstorganisation wurden von keiner politischen Kraft aufgegriffen und vorangetrieben. So konnte sich die Stimmung durchsetzen, die sich parallel dazu in der Masse der Bevölkerung entwickelte: In Ermangelung eines konkreten Programms für die Vollendung der politischen Revolution führten der relative Reichtum und die demokratischen Rechte in der BRD zu dem Glauben, daß der einfachste Weg zur Erhöhung des Lebensstandards in der DDR in der Vereinigung mit den Deutschen in der BRD läge.

75. Da es scheinbar nur die Alternative zwischen stalinistischer „Ausbeutung“ bei niedrigem Lebensstandard und kapitalistischer Ausbeutung bei besseren Lebensbedingungen gab, neigte die Masse der Bevölkerung mehr und mehr dazu, letzteres vorzuziehen.

76. Ausgehend von den Montagsdemos in Leipzig stand die Parole nach Wiedervereinigung immer mehr im Vordergrund. Diese Tendenzen wurden seitens der verschiedenen politischen Kräfte noch dadurch verstärkt, daß

- die Bürokratie selbst überließ, insbesondere die leitenden Bürokraten in der Wirtschaft. Aber auch die Regierung Modrow propagierte die Notwendigkeit marktwirtschaftlicher Maßnahmen.
- die meisten oppositionellen Kräfte inzwischen die angeblich soziale Marktwirtschaft auf ihre Fahnen geschrieben hatten.
- viele „Revolutionäre der ersten Stunde“, vor allem anti-kapitalistisch eingestellte Jugendliche und Studenten, sowie Intellektuelle im Neuen Forum und außerhalb, die die erste Phase der Revolution maßgeblich geprägt hatten, vollkommene Hilflosigkeit und Unverständnis gegenüber dem Aufkommen der Vereinigungsforderung zeigten. Sie bekämpften dies als einen Ausbruch von deutschem Nationa-

lismus und Chauvinismus, waren aber gleichzeitig nicht in der Lage, eine politische Alternative zum Anschluß auf kapitalistischer Grundlage anzubieten. Dies führte zur Spaltung der Bewegung und dazu, daß diese Kräfte von da an mehr und mehr in den Hintergrund der Ereignisse geschoben wurden.

77. Der Versuch der Modrow-Regierung, im Januar 90 einen neuen Verfassungsschutz zu installieren, wurde von der Bevölkerung als Provokation betrachtet. Die Bevölkerung nahm jetzt die Stasi-Auflösung zunehmend selbst in die Hand. Bürgerkomitees wurden aktiv; Demonstranten stürmten die Berliner und einige bezirkliche Stasi-Zentralen; gleichzeitig breitete sich in den Betrieben eine Streikwelle gegen die Stasi und für höhere Löhne aus. Hier hätte es noch einmal einen Ansatzpunkt für eine konsequent sozialistische Kraft gegeben, um an das erneute Aufflammen der Bewegung anzuknüpfen, um dem herrschenden Regime endgültig den Todesstoß zu versetzen und eine sozialistische Demokratie mehrheitsfähig zu machen. Aber auch diese – rückblickend betrachtete letzte Chance – verging ungenutzt.

78. Die fortwährenden Massenbewegungen untergruben den Staat völlig. Die wachsende Desillusionierung über den Zustand der DDR ermöglichte es den West-Parteien, in die Bewegung einzugreifen, die Führung an sich zu reißen und sie in Richtung einer Vereinigung auf kapitalistischer Grundlage zu lenken – mit dem Versprechen, dies sei der schnellste Weg zu höherem Lebensstandard. Auch hier zeigte sich dieselbe Lehre wie bei vielen Revolutionen in der Geschichte: ein Machtvakuum kann nicht lange vorhalten. Es entstand, nachdem durch die Revolution die Macht der Bürokratie gebrochen war. In Ermangelung einer demokratisch-sozialistischen Alternative konnten jedoch die bürgerlich-restaurativen Kräfte der BRD in das entstandene Machtvakuum stoßen.

79. Die schnelle, kapitalistische Einverleibung der DDR hatte besondere Gründe und ist eher als Ausnahme zu betrachten. Die DDR war als Teilstaat einer Nation in einer besonderen, einzigartigen Lage. Mit der westdeutschen Bourgeoisie war eine herrschende Klasse derselben Nation vorhanden, die vor dem Hintergrund massiver Reserven bereit und in der Lage war, die politische und finanzielle Verantwortung für das Gebiet der DDR zu übernehmen, zumal sie sich damit konkurrenzlos als herrschende Klasse in Gesamtdeutschland etablieren konnte.

80. Es ist kaum vorstellbar, daß die BRD oder ein anderer westlicher Staat dreistellige Milliardenbeträge in andere osteuropäische Länder pumpen wird. Eine Restauration von innen heraus – Umwandlung der Bürokratie in eine besitzende Klasse – wird aber ohne massive ausländische Hilfe ein noch schwieriger und vom Widerstand der Arbeiterklasse durchkreuzter Prozeß.

81. Selbst in den FNL besteht trotz massiver Geldtransfers keine Aussicht, daß der wirtschaftliche Niedergang in einen langanhaltenden Aufschwung übergeht. Ein Großteil der bestehenden Produktionskapazitäten werden zerstört. Ein zukünftiger instabiler und schwacher Wirtschaftsaufschwung hat die jetzige Zerstörung von

Produktionskapazitäten zur Grundlage. Die sozialen Spannungen nehmen extrem zu. Die Vereinigung brachte für Gesamtdeutschland nicht mehr sondern weniger Stabilität.

Gescheiterter Putschversuch – Wende in der Entwicklung

82. Der gescheiterte Putschversuch in der Sowjetunion vom Aug. 1991 ist eine entscheidende Wende in der Sowjetunion und beim Zusammenbruch des Stalinismus weltweit.

83. Der Putsch war keine stalinistische Konterrevolution. Es war der Versuch des konservativen Teils der Zentralbürokratie, den durch Unabhängigkeitsbestrebungen und Einflußverlust der KPDSU verursachten Machtverlust aufzuhalten.

84. Die Putschisten selbst wollten den Übergang zur Marktwirtschaft – allerdings unter Kontrolle einer starker Zentralmacht. Es war somit „der letzte Putsch der alten Ära und der erste Putsch der neuen Ära.“ (Moskau News, Okt.91)

85. Der Putsch hat offen zu Tage gefördert, daß es in der Bürokratie keinen Flügel mehr gibt, der eine Perspektive in der Rückkehr zu den alten stalinistischen Verhältnissen sieht.

86. Der Putsch ist an der Unentschlossenheit der Putschisten selbst gescheitert. Aber ihre Unentschlossenheit widerspiegelte das derzeitige Kräfteverhältnis in der sowjetischen Gesellschaft. Dieses Kräfteverhältnis erlaubt es nicht, Militärregime alter Hardliner zu errichten: die Armee war gespalten, die Soldaten waren nicht bereit, auf ihre Brüder und Schwestern zu schießen, die Arbeiterklasse verteidigte die demokratischen Errungenschaften. Der Haß auf die Putschisten war noch größer als auf die liberalen Bürokraten um Gorbatschow und Jelzin.

87. Der Widerstand gegen den Putsch enthielt revolutionäre Tendenzen bzw. Elemente der politischen Revolution, insofern die Massen mit Streiks, Demonstrationen, Barrikadenbau, Bewaffnung und Verteidigungskomitees ihre demokratischen Rechte und damit verbesserte Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse verteidigten. Das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse und ihre Selbstorganisation erhielt neuen Antrieb.

88. Wegen des schnellen Zusammenbruchs des Putsches wurde die Dynamik der Bewegung der Arbeiterklasse nicht fortgesetzt und nicht verallgemeinert, sondern kam zum Stillstand. Das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse hat sich nicht so weit entwickelt, die Machtfrage zu stellen. Die Stimmung gegen die Putschisten konnte von Jelzin erneut in Richtung kapitalistischer Restauration fehlgeleitet werden. Der Putsch wurde so letzten Endes zur Peitsche für die kapitalistische Konterrevolution. Die Verwirrung der Arbeiterklasse ist größer denn je. Diese Verwirrung wird – falls

sie anhält – in Zukunft zum entscheidenden Faktor dafür, daß ein erfolgreicher, offen pro-kapitalistischer Putsch in der Zukunft durchaus möglich ist (siehe These 71).

89. Eine beschleunigte kapitalistische Restauration in der Sowjetunion bedeutet eine beschleunigte kapitalistische Konterrevolution in den noch existierenden stalinistischen Staaten und den völligen Zusammenbruch des Stalinismus als Weltssystem.

90. Kuba und Afghanistan hat der Krenl bereits die Aufkündigung jeglicher Unterstützung erklärt. Der Sturz dieser Regimes dürfte nur eine Frage der Zeit sein. Selbst für China, das stalinistische Land mit der größten Unabhängigkeit von der Sowjetunion, dürfte die Entwicklung in der Sowjetunion nicht ohne Folgen sein. Der Stalinismus befindet sich hier in einem Stadium, wo er noch eine relativ fortschrittliche Rolle spielt. Andererseits setzt die herrschende Bürokratie in Peking wieder mehr auf Marktelemente. Für die chinesische Bürokratie gilt nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens zumindest, daß sie nicht mehr mit den alten Methoden weiterregieren kann. Aber wegen ihrer noch vorhandenen Fähigkeit, die Wirtschaft zu entwickeln, hat sie im Vergleich zu den meisten anderen Bürokratien ein gewisse soziale Basis.

91. Die jüngste Entwicklung in der Sowjetunion stellt die Menschheit vor die Tatsache, daß der Stalinismus aufgehört hat, eine historische Kraft und ein Faktor in der Weltpolitik zu sein. Insofern gehören die jüngsten Entwicklungen zu den bedeutendsten dieses Jahrhunderts.

Nationale Frage und Staatenzerfall

92. Die Bolschewiki legten 1917 die Grundlage für die Lösung der nationalen Frage. Lenins Nationalitätenpolitik war eine enorme Weiterentwicklung des Marxismus und einer der größten Fortschritte für die Menschheit. Mit dieser Politik wurde das Zarenreich („Gefängnis der Nationen“) zerschlagen und die Emanzipation der unterdrückten Völker und Kulturen eingeleitet.

93. Die Machtergreifung Stalins bedeutete für die Nationen, daß ihre Rechte erneut unterdrückt wurden. Die baltischen Staaten, die 1918 von der bolschewistischen Regierung nach einer Volksabstimmung in die Unabhängigkeit entlassen wurden, wurden 1939 auf der Grundlage des Hitler-Stalin-Pakts annektiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmte Stalin zusammen mit den westlichen Siegermächten über die Köpfe der Völker hinweg die Grenzverläufe der Nachkriegsweltordnung.

94. Unterdrückung und Verfolgung war aber nur eine Seite für das jahrzehntelange Ausbleiben von nationalen Gefühlsausbrüchen. Ein noch wichtigerer Faktor war die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Alle Nationen in der Sowjetunion und im Ostblock haben – wenn auch in stark unterschiedlichem Maß – von der relativ fortschrittlichen Rolle des Stalinismus bei der Produktivkraftentwicklung profitiert.

95. In dem Maß, wie die stalinistische Bürokratie zu einer absoluten Fessel der Produktivkraftentwicklung wurde, wurde der zunehmende soziale Rückschritt zu

einem Katalysator für nationales Aufbegehren. Der Machtantritt von Gorbatschow ermutigte die unterdrückten Völker, ihre nationalen Rechte einzufordern. Seine Reformversprechungen interpretierten die Völker als Befreiung von nationaler Unterdrückung.

96. Der Kampf gegen nationale Unterdrückung führte Ende der 80er Jahre in der Sowjetunion zu den größten Massenbewegungen seit der russischen Revolution. Diese Bewegungen verstanden sich anfangs als Unterstützung für Gorbatschows Perestroika gegen die Konservativen und stalinistischen Hardliner im Staatsapparat insbesondere gegen die Bürokratenmafia in den einzelnen Republiken. Bald standen die Bewegungen allerdings in direkter Konfrontation mit Gorbatschow. Sein Versuch, durch Reformen von oben die Revolution von unten zu verhindern, scheiterte auch auf dem Gebiet der nationalen Frage. Der Kampf um nationale Rechte mußte unweigerlich zur Konfrontation mit der Zentralbürokratie führen.

97. Die Massen verlangten einen völligen Bruch mit der stalinistischen Nationalitätenpolitik. Am 23.8.1988 kam es in den baltischen Republiken zu riesigen Massendemos anlässlich des Jahrestages des Hitler-Stalin-Pakts. Ein Jahr später demonstrieren am gleichen Tag über 1 Million für die Unabhängigkeit von Moskau. In Armenien demonstrieren 1 Million von 3 1/2 Millionen Einwohnern. Es gab eine Serie von Generalstreiks und den ersten republikweiten Generalstreik der Sowjetunion. In Berg-Karabach, der armenischen Enklave in Aserbaidschan, von der der Nationalitätenkonflikt ausging, gab es von 1988 bis 1990 eine Serie von Massendemos und -versammlungen. Das Berg-Karabach-Komitee war eine Art von Sowjet. Sein Programm enthielt Teile des Programms der politischen Revolution.

98. Die Führung der Bewegung schreckte vor einer offenen Konfrontation mit Moskau und einer Ausweitung des Kampfes bis hin zum Sturz der Bürokratien in Armenien und Aserbaidschan zurück. Der Aufstand endete in einer Niederlage und in der Folge davon im blutigen Bürgerkrieg zwischen Aserbaidschanern und Armeniern, in Pogromen gegen Armeniern in Sumgait, ihrer Vertreibung aus Baku und in der militärischen Intervention des Kremls.

99. Gorbatschow gab den Nationen in Worten das verfassungsmäßig garantierte Recht auf Selbstbestimmung. In Wirklichkeit war es an Bedingungen geknüpft, die die Verwirklichung des Rechts unmöglich machten (2/3 Mehrheit der Einwohner in einer Republik, Zustimmung des von Russen dominierten Volkskongreß).

100. Nationale Unabhängigkeitsbestrebungen wurden gewaltsam verhindert. Gorbatschow gab sich das Recht, über alle Republiken und Teilgebiete Ausnahmezustand zu verhängen. Wo die Zentralmacht direkt in ihrer Kontrolle über die Republiken bedroht war, wurde Militär eingesetzt (Berg-Karabach, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Litauen). Das wiederum führte zu Massenprotesten, Barrikadenkämpfen, Bürgerkrieg. Selbst in Moskau demonstrieren im Januar 500.000 Russen gegen die brutale Militärintervention im Baltikum.

101. Die Verschlechterung der Wirtschaftslage durch die Perestroika schürte den Nationalismus zusätzlich. Die Umsetzung des Wirtschaftsprogramms vom Oktober 1990 wurde in weiten Teilen den Republiken überlassen. Da jede Republik ein unterschiedliches Tempo bei der Privatisierung von Industrie und Landwirtschaft einschlug, kam es zu großen Spannungen in den Wirtschaftsbeziehungen. Nationalistische und separatistische Tendenzen führten zu Protektionismus, Exportstop, Blockaden für die Wirtschaftsbeziehungen.

102. Die nationale Frage war in den stalinistischen Staaten nicht nur Ansporn für den Prozeß der politischen Revolution, sondern auch Mittel der Bürokratie und des Imperialismus, um die Arbeiterklasse zu spalten und zu verwirren. Wegen der Schwäche des Marxismus haben diese Tendenzen derzeit die Oberhand.

103. Die Bürokratie spaltete sich in den stalinistischen Staaten auch entlang von Nationen. Jede nationale Bürokratie versucht, im Prozeß des Verfalls der Autorität der Bürokratie insgesamt ihre eigene Haut auf Kosten der Zentralbürokratie bzw. ihrer nationalen Konkurrenz zu retten. Die Zentralbürokratie, in der Sowjetunion gleichzusetzen mit der russischen Bürokratie, versucht, ihre Macht auf Kosten der Republikbürokratien zu stärken. Die Republikbürokratie andererseits nutzt den Haß auf die Zentralmacht und den Nationalismus für ihre eigene Hausmacht. So versucht ein Teil der Bürokratie, von seiner Unfähigkeit auf den anderen Teil der Bürokratie abzulenken. Nationale Minderheiten werden zum Sündenbock gemacht.

104. In Bulgarien verschärfte die Schifkov-Bürokratie die Verfolgung der türkischen Minderheit mit dem Ziel, ihre eigene Haut zu retten. Die Ceausescu-Clique verschärfte die Unterdrückung in Gebieten, die von Deutschen und Ungarn bewohnt waren. In Jugoslawien war es die serbische Bürokratie, die das Gift des Nationalismus entfachte. Mikosevic lenkte die Anfang der 80er Jahre aufkommende Bewegung der Arbeiter in serbischen Nationalismus und in das Schüren von Vorurteilen gegen andere Republiken ab. Das führte zu entsprechenden nationalistischen Gegenreaktionen in diesen Republiken. Es kamen Republikführungen an die Macht, die die Stimmung in den unterdrückten Nationen aufgriffen und in reaktionäre separatistische Bahnen lenkten. In Kroatien hat die christdemokratische, prokapitalistische Regierung die Symbole des faschistischen Ustascha-Regimes ausgegraben, eines Regimes, das Tausende von Juden, Serben, Sinti und Roma umbrachte. Der Präsident Tudjman, ehemaliger Offizier in Titos Partisanenarmee, in der damals alle Völker Jugoslawiens vertreten waren, feuert heute den Rassismus gegen Serben an. Die nationalistischen, kroatischen und serbischen Milizen sind durch und durch reaktionär.

105. In Jugoslawien gibt es allerdings bereits Ansätze von Bewegungen gegen den Bürgerkrieg: Soldaten desertieren massenweise aus der Bundesarmee; Mütter und Frauen demonstrierten in Belgrad. Unter dem Eindruck des Blutvergießens und der gewaltigen Zerstörungen durch den Bürgerkrieg könnte sich eine republikübergreifende Antikriegsbewegung entwickeln.

106. In den baltischen Staaten nutzten die prokapitalistischen Führungen der Volksfrontbewegung das Nationalgefühl um gestützt auf Parlamentswahlen an die Regierungsmacht zu kommen.

107. Jelzin lenkte den Bergarbeiterstreik im Mai 1991 in nationalistische Bahnen, indem er auf der Grundlage der Überführung der Gruben unter die Kontrolle der Republik Rußland Zugeständnisse machte. Die Löhne der Bergarbeiter im Kusbass (Rußland) sind jetzt ungefähr 4 bis 5 mal so hoch wie die ihrer Kollegen im benachbarten Karaganda (Kasachstan).

108. Während das Gift des Nationalismus einerseits die Arbeiterbewegung schwächte und vom Weg der politischen Revolution abbrachte, schwächt es gleichzeitig die herrschende Bürokratie. Die Armeen (stärkstes Mittel jeder Zentralmacht) wurden vom Nationalismus durchsetzt und gelähmt.

109. Der Zerfall der alten Staatengebilde ist im vollen Gang. In Jugoslawien und der Sowjetunion erleben wir erst die Anfänge dieses Prozesses. Allein in der Sowjetunion sind nur 3 von 23 Grenzen unumstritten. In der UdSSR hatten nationale Konflikte seit 1988 einen internen Flüchtlingsstrom von Millionen Menschen zur Folge.

110. Die Monopolisierung und extreme Arbeitsteilung zwischen den Republiken in der Sowjetunion und in den Staaten Osteuropas schlägt bei Auseinanderfallen der Staaten in kleine und Kleinststaaten von Vorteil in Nachteil um. In Jugoslawien und in der Sowjetunion haben Nationalitätenkonflikte und Bürgerkrieg die Wirtschaft bereits enorm beeinträchtigt. Bei völligem Auseinanderbrechen müßte jede Republik auf Kosten des Konsums Ressourcen aufbringen, um in wichtigen Bereichen einen gewissen Grad an Selbstversorgung zu erreichen.

111. Da der Zerfall der Staaten im Osten verbunden ist mit kapitalistischer Restauration und völliger Auslieferung an hochproduktiven westlich dominierten Weltmarkt verbunden ist, werden sich alle Hoffnungen der prokapitalistischen Regierungen und der Arbeiter in Luft auflösen. Die materielle Grundlage wird für die Herrschenden durch den Zerfall der Staaten nicht verbessert, sondern verschlechtert. Aber die Bürokratie denkt nicht langfristig. Kurzfristig erscheint es ihnen als der einzige Ausweg, um einer Revolution von unten zu entgehen. Ihre Angst vor der Arbeiterklasse ist größer als die Angst vor dem Verfall von Staat und Wirtschaft.

112. Wegen der ungleichmäßigen Verteilung an natürlichen Ressourcen, des unterschiedlichen Niveaus der Entwicklung, unterschiedlicher Größe und nicht zuletzt eines unterschiedlich starken Militärapparats werden die mächtigeren Republiken bzw. Staaten dazu übergehen, imperialistische Politik zu betreiben und dominierende Regionalmächte bilden. Für die Sowjetunion zeichnet sich ab, daß der russische Chauvinismus früher oder später in die Fußstapfen des zaristischen Imperialismus eintritt. Serbien wird auch künftig eine Rolle als Regionalmacht in Südosteuropa spielen.

113. Der Putschversuch in der Sowjetunion fand nicht von ungefähr einen Tag vor der Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrags statt, in dem Zugeständnisse an die Republiken auf Kosten der Zentrale gemacht werden sollten. Der konservative Flügel im Staatsapparat wollte diese Entwicklung aufhalten. Mit dem Putsches beschleunigte sich der Zerfall. 10 von 15 Republiken haben sich für unabhängig erklärt oder wollen sich demnächst unabhängig erklären. Die herrschenden Cliques in den Republiken tun dies vor allem, um den Druck der Massen zu kanalisieren. Gleichzeitig treibt sie die Angst vor wirtschaftlichem Chaos und Rückschritt, für die sie selbst früher oder später von den jeweiligen Republikbevölkerungen verantwortlich gemacht werden, sowie die Angst vor russischer Großmachtpolitik in Richtung Zusammenhalt.

114. Die Drohgebärden Jelzins gegenüber den Nachbarrepubliken kurz nach dem Putschversuch schwächten Jelzins Ansehen außerhalb Rußlands und gaben Gorbatschow als Vermittler wieder mehr Autorität. Jelzin selbst wurde von seinen westlichen Beratern angehalten, die Karte des russischen Nationalismus nicht auszuspielen und ein Auseinanderfallen der Sowjetunion zu verhindern. Sie verlangten Kontinuität in der Außenpolitik, was Jelzin wiederum daran hinderte Gorbatschow ganz fallenzulassen.

115. Das Konzept einer Föderation souveräner Republiken beinhaltet einerseits Souveränität für die Republiken, andererseits zentrale Machtausübung über die Armee, die Außenpolitik und gewisse Garantien bei den Wirtschaftsbeziehungen unter den Republiken. Der Plan gleicht der Quadratur des Kreises und ist zum Scheitern verurteilt.

116. In dem Maß wie Separation und kapitalistische Restauration die Lage der Massen verschlechtern, wird Arbeiterklasse vermehrt zu unabhängiger Aktion greifen, um ihre Interessen zu verteidigen. In Litauen begann die 300.000 Mitglieder starke unabhängige Gewerkschaft sich von Sajudis zu distanzieren, je mehr Arbeiter erkannten, daß Landsbergis und die Mafia aus Ex-Tbp-Bürokraten um ihn herum Nutznießer von Privatisierung und Marktwirtschaft wurden. Russische und litauische Arbeiter kämpften gemeinsam gegen Verdreifachung der Preise und stürzten mit ihrem Protest die Regierung Prunskiene. Die organisierte Arbeiterbewegung wurde allerdings wiederum durch das von russischen Militärs angerichtete Blutbad in Wilna in nationalistisches Fahrwasser abgelenkt.

117. Der Westen verfolgt die nationalistischen Tendenzen mit großen Befürchtungen. Im Falle von Jugoslawien und Sowjetunion wurde deutlich, daß sie kein Interesse an der durch das Auseinanderfallen der Staaten Osteuropas hervorgerufenen, wachsenden Instabilität haben. Das Szenario von Grenzkonflikten und Bürgerkrieg würde den Weltmarkt empfindlich stören, das Schuldeneintreiben erschweren und riesige Flüchtlingswellen mit sich bringen. Der westliche Imperialismus hat auch kein Interesse an völlig unklaren und unkalkulierbaren Machtkonstellationen, die sich aus dem Zerfall von Staaten und den Bürgerkriegen ergeben. Früher oder später wird

sich der Westen gezwungen sehen, direkt oder indirekt militärisch im Osten zu intervenieren.

118. Nationale Unabhängigkeitsbewegungen im Westen werden durch die Entwicklungen im Osten beflügelt. Das zeigt sich schon jetzt in Nordirland, im Baskenland, Katalonien, Korsika, Schottland, Südtirol... Nicht zuletzt deshalb hat der Westen alles getan, um die Loslösung von Republiken aus den Staatengebilden im Ostblock zu verhindern. Je mehr sich diese Versuche als gescheitert herausstellen und den Prozeß des Zerfalls nicht aufhalten können, gehen die westlichen, kapitalistischen Staaten dazu über, aus der Realität das Beste für ihr eigenes Interesse zu machen:

- Spaltung und Desorientierung der Arbeiterklasse im Westen durch härtere Ausländer- und Asypolitik.
- Versuch, die Märkte im Osten zu übernehmen, die Wirtschaft zu dominieren und politische Einflußsphären aufzubauen. Hier spielt Deutschland wegen wirtschaftlicher Stärke und geographischer Lage besondere Rolle. Es ist ohnehin 3. größter Handelspartner Jugoslawiens und größter Erdölabnehmer der Sowjetunion.
- Alte Gebietsansprüche werden wieder erhoben. Bsp. Griechenland über Teile Mazedoniens.

119. Marxisten sind für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Aber sie propagieren keine nationale Loslösung, weil sie wie in diesem Abschnitt geschildert zu Rückschritten führen. Sie verbinden den Kampf gegen nationale Unterdrückung mit dem Kampf für den Sturz von bürokratischer und kapitalistischer Herrschaft. Ihr Programm ist der Aufbau von Arbeiterdemokratien und Föderationen sozialistischer Staaten.

120. Andererseits müssen sie von der Realität auseinanderfallender Staaten ausgehen und das heißt, Perspektiven und Übergangsprogramme für Republiken und neu entstandene Staaten zu entwickeln.

121. Während einerseits der Prozeß der Weltrevolution durch Nationalismus und Restauration enorm verkompliziert wird, könnten sich gerade in neu entstandenen unabhängigen Staaten Widersprüche enorm schnell zuspitzen und revolutionäre Tendenzen bis hin zur Doppelherrschaft entwickeln.

Vollendung der kapitalistischen Restauration – eine Perspektive?

122. Das internationale Kräfteverhältnis hat sich völlig zugunsten des Imperialismus verschoben. 1945 strotzten Stalin und die stalinistischen Führer in Osteuropa wegen ihrer Wirtschaftserfolge in der SU und wegen ihres Sieges über den Faschismus vor Selbstbewußtsein. Die Versuche der Imperialisten, über Marshallplangelder in Osteuropa kapitalistische Machtverhältnisse wiederherzustellen, scheiterten genauso wie der Kalte Krieg. 45 Jahre später leisten die Stalinisten gegenüber den Kapitali-

sten ihren Offenbarungseid und mehr noch, sie sind bereit, vor dem Westen zu kapitulieren.

123. Wie eingangs erwähnt gab es für die stalinistischen Staaten immer die grundsätzliche Alternative der politischen Revolution oder der kapitalistischen Konterrevolution. Marxisten betrachteten die kapitalistische Konterrevolution zwar stets als theoretische Möglichkeit, hielten sie aber in den letzten Jahrzehnten (vor allem wegen des Niedergangs des Kapitalismus) immer für ausgeschlossen. Wegen der besonderen Entwicklungen in den 80er Jahren ist die kapitalistische Restauration nun zu einer möglichen Perspektiven geworden. Im Falle der DDR ist sie bereits Realität geworden.

124. Die Hauptantriebskraft für die Restauration ist heute die Bürokratie selbst, d.h. der Prozeß der kapitalistischen Konterrevolution erfolgt von innen.

125. Die Stalinisten selbst verstehen am wenigsten, warum der Westen eine Chance, die er 1945 noch nutzen wollte aber von der Bürokratie daran gehindert wurde, heute nicht mehr nutzen will. Die Gründe dafür liegen darin, daß sich der Imperialismus selbst in einer schwächeren Position befindet als nach dem 2. Weltkrieg:

- Im Gegensatz zur Nachkriegszeit hat er heute selbst riesige Überkapazitäten. Das Hauptinteresse des Westens ist deshalb nicht der Aufbau bzw. die Weiterentwicklung der Industrie und Infrastruktur, sondern lediglich der Markt.
- Die Reserven – vor allem der Hauptmacht des Imperialismus, den USA – sind viel geringer als nach dem 2. Weltkrieg. Damals waren die USA ein ökonomischer Koloss, der die Hälfte der Weltproduktion ausmachte. Er nutzte seine Reserven bewußt, um vor allem die BRD und Japan als Bollwerk gegen die SU und China aufzubauen.
- Heute sind die USA ein Koloss auf tönernen Füßen.
- Die Erwartungen der Arbeiterklasse sind gerade durch die Fortschritte unter Planwirtschaftsverhältnissen in den letzten Jahrzehnten höher als in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die Arbeiter verlangen vom Kapitalismus, daß er seine Propaganda der Vergangenheit einlöst und mehr Wohlstand und mehr demokratische Rechte garantiert. Millionen konfrontieren den Kapitalismus direkt mit diesen Erwartungen, indem sie in den Westen flüchten oder flüchten wollen. Die brutale Reaktion des italienischen Staates auf den Massenzustrom aus Albanien zeigt die Unfähigkeit des Kapitalismus, seiner Propaganda gerecht zu werden.
- Der Lebensstandard, den die Arbeiterklasse unter Verhältnissen der Planwirtschaft erreichte, ist ein Hindernis bei der Ausbeutung des Ostens im 3.-Welt-Stil. Diese Nachwirkung der relativ fortschrittlichen Rolle des Stalinismus macht den Kapitalisten besonders zu schaffen. Kapitalismus verträgt sich nicht mit Vollbeschäftigung, Subventionen von Grundnahrungsmitteln, kostenloser Gesundheits- und Sozialfürsorge.
- Die Erfahrungen in den FNL haben die Zurückhaltung der Kapitalisten bestärkt. Das ganze ist für sie ein Faß ohne Boden.

- > Die Kapitalisten befürchten zurecht, daß Massenbewegungen, die in letzten Jahren gegen stalinistische Herrschaft gerichtet waren, sich in Zukunft gegen Ausbeutung und Kapitalismus richten werden. In Polen erleben die Kapitalisten, daß selbst eine von Solidarnosc geführte Regierung bei der Umsetzung ihrer Privatisierungspläne und bei Angriffen auf den Lebensstandard auf Widerstand stößt.
- > In der Nachkriegszeit war die soziale Revolution, die weltweit den Imperialismus konfrontierte eine Bedrohung, die er mit allen Mitteln bekämpfen mußte. Diese Bedrohung tritt gegenwärtig wegen der Schwäche des Marzismus und wegen des Niedergangs des Stalinismus in den Hintergrund. D.h., daß der Imperialismus aus politischen Gründen nicht massiv intervenieren muß. Die DDR war in dieser Hinsicht wegen der nationalen Frage eine Ausnahme.

126. Das heißt nicht, daß der Imperialismus kein Interesse an einer kapitalistischen Restauration in der stalinistischen Welt hat. Spätestens seit dem Golfkrieg weiß der Imperialismus, seinen größer gewordenen Spielraum zu schätzen. Andererseits will der Westen aber nicht die Verantwortung für die kapitalistische Restauration übernehmen. D.h., er will nicht die schwere Aufgabe übernehmen, eine von der Planwirtschaft an gewisse soziale Standards gewöhnte Arbeiterklasse für die Ausbeutung im 3. Welt-Stil gefügig zu machen. Denn eine Perspektive ist völlig ausgeschlossen: der Aufbau florierender Wirtschaften und stabiler bürgerlicher Demokratien.

127. Die Bürokratie und die Bourgeoisie teilen die Angst vor der Arbeiterklasse, d.h. vor den Kämpfen, die zu erwarten sind, bis die Konterrevolution abgeschlossen sein wird, falls sie überhaupt abzuschließen ist.

128. Die Erfahrungen in Ostdeutschland, Ungarn, Polen, Jugoslawien und der CSFR zeigen, wie enorm schwierig eine kapitalistische Restauration ist. Obwohl die Löhne in Polen nur 1/10 so hoch sind wie in Deutschland oder in Ungarn, die Löhne in der Textilindustrie 1/3 niedriger als in Hongkong, wird kaum investiert. In Polen entfielen trotz jahrelanger Privatisierungsbemühungen Mitte 1991 erst 15% der Wirtschaft auf den privaten Sektor. In Ungarn waren es zum gleichen Zeitpunkt 14%. Gleichzeitig gab es Massenproteste gegen Preiserhöhungen, in Polen 1988 und in Ungarn im Oktober 1990.

129. Die Restauration des Kapitalismus von innen ist ein enorm schwieriger Prozeß. Sie ist kein Mittel, um die Produktivität auf Weltniveau zu bringen, d.h. um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden. Die Bürokratie ist auf Auslandsinvestitionen und die gnadenlose Ausbeutung der Arbeiterklasse angewiesen. Die Ausbeutung der russischen Rohstoffvorkommen durch ausländische Kapitalisten bei gleichzeitigen Gewinntransfer ins Ausland entzieht der Bürokratie wichtige Reserven für die Verwandlung in eine starke einheimische Kapitalistenklasse. Außerdem wird die neu entstehende Kapitalistenklasse von Anfang an vom Imperialismus abhängig sein – vergleichbar der herrschenden Klasse in den exkolonialen Ländern. Außerdem garantieren sich die westlichen Kapitalisten durch das Bestehen auf die Zurückzahlung der Kredite und Zinsen einen beachtlichen Transfer des erzielten Mehrwerts in den

Westen. Die sich in die herrschende Kapitalistenklasse verwandelnde Bürokratie hat im Gegensatz zu ihrer Konkurrenz im Westen auch keine Möglichkeit zur Superausbeutung der 3. Welt und damit zum Ressourcentransfer. („Wer zu spät kommt, den straft das Leben.“)

130. Allenfalls kann es in der Sowjetunion und in anderen Staatengebilden zur Differenzierung der Republiken in imperialistische und imperialistisch beherrschte Republiken/Staaten kommen. Eine erneute nationale Unterdrückung und Ausbeutung in dieser Form ist aber nur durch blutige Bürgerkriege möglich, was wiederum enorme gesellschaftliche Ressourcen kosten wird.

131. Die kapitalistische Restauration verschärft die Spaltung und Rivalität der Bürokratien nicht nur zwischen den Republiken, sondern entlang mehrerer Linien. Das Hauptziel des Verbots und der Enteignung der KPDSU ist es, den Flügel der Bürokratie, der in Zukunft einer Restauration im Wege stehen könnte auszuschalten bzw. ihn als Rivale im Prozeß der Restauration auszubooten.

132. Die neu entstehende Kapitalistenklasse wird noch weniger als ihre Konkurrenz im Westen ihre Profite aus Investitionen in die Industrieproduktion ziehen, sondern von Anfang an einen völlig schmarotzerischen Charakter annehmen. Der chronische Gütermangel und die noch vorhandene bürokratische Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft sind der Nährboden für die Entwicklung von Bonzen auf der Grundlage von Spekulation und Korruption. Bereits für dieses Jahr wird geschätzt, daß die Hälfte der Güterproduktion über den Schwarzmarkt läuft. Es gibt in der Sowjetunion schätzungsweise 150.000 Rubelmillionäre, die Leibwächter und 250.000 Rubel teure Autos und Leibwächter haben. Sie geben nicht selten für ein Essen soviel aus, wie ein Arbeiter im Monat verdient. 60% der Ersparnisse liegen auf Bankkonten von 5 Millionen Personen. Das ist die Schicht der alten Top-Bürokraten. Sie haben Reserven für die Privatisierung der Wirtschaft. Die Arbeiter erleben, wie sie sich ihre alten Manager in Eigentümer ihrer Fabriken verwandeln.

133. Um den Widerstand der Arbeiter gegen Privatisierung zu brechen, greift die Bürokratie zu Zuckerbrot und Peitsche. Den Arbeitern wird vorgegaukelt, daß sie durch Belegschaftsaktien selber zu Trägern der Marktwirtschaft werden und über ihre Betriebe Kontrolle ausüben. In Wirklichkeit soll damit der private Aufkauf von Staatsbetrieben durch die Reichen erleichtert und ein Keil zwischen Belegschaften von produktiveren und unproduktiveren bzw. staatlichen und privatisierten Betrieben getrieben werden. In Polen hat die Regierung die Ausgabe von Belegschaftsaktien inzwischen gestoppt, weil sie die Erfahrung machen mußte, daß damit nur unnötige Kosten und Investitionshemmnisse verbunden sind und die Belegschaften dadurch nicht mehr Bereitschaft zeigen, Lohneinbußen und dem Abbau von Arbeitsplätzen zuzustimmen.

134. Das Verbot der KPDSU in der Sowjetunion soll auch dazu dienen, die Arbeiterklasse weiter zu verwirren. Es soll der Eindruck vertieft werden, daß bereits die

Gründung der KPDSU und die Oktoberrevolution der Beginn der heutigen Katastrophe seien. Gleichzeitig beinhaltet das Parteienverbot auch ein Verbot von politisch unabhängigen Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften in den Betrieben bzw. ein massive Beschränkung ihrer Rechte.

Perspektiven für die Weltrevolution

135. Der Zusammenbruch des Stalinismus ist ein gewaltige Niederlage für die Arbeiterklasse, insofern er nicht durch eine politische Revolution, sondern durch eine kapitalistische Konterrevolution beseitigt wird. Sämtliche Errungenschaften, die die Arbeiterklasse in den stalinistischen Ländern auf der Grundlage von Staatseigentum und Planwirtschaft erzielte, stehen auf dem Spiel.

136. Je weiter der Prozeß in Richtung Kapitalismus geht, desto mehr muß die Arbeiterklasse in ex-stalinistischen Ländern zusätzlich Aufgaben der sozialen Revolution und der sich verkomplizierenden nationalen Frage bewältigen.

137. Der Imperialismus, der durch den Stalinismus unter Kontrolle gehalten wurde, erhält mehr Spielraum. Die Verlierer sind die Massen in der exkolonialen Welt und die Arbeiterklasse weltweit.

138. Der Sieg des Imperialismus über den Stalinismus ist aber in erster Linie ein ideologischer Sieg. Der Kapitalismus kann den Zusammenbruch des Stalinismus nicht mehr für eine Stabilisierung seines eigenen Systems nutzen.

139. Die Stabilität in der Welt wird durch den Zusammenbruch des Stalinismus nicht größer, sondern geringer.

140. Zwar gab es in den 80er und Anfang der 90er Jahre keine erfolgreiche soziale Revolution, aber immerhin spornten die Massenbewegungen im Osten politische Bewegungen im Westen an. Unter dem Druck dieser Bewegung kam es zum Sturz von totalitären Regimes in der exkolonialen Welt: Gabun, Elfenbeinküste, Togo, Mali, Nepal, Haiti.

141. Im Westen hat der Zusammenbruch des Stalinismus zur Folge, daß die stalinistischen Organisationen in der tiefsten Krise seit ihrem Bestehen stecken. Soweit sie sich als Organisationen erhalten, unterscheiden sie sich meist kaum noch vom Reformismus der Sozialdemokratie. Kurzfristig bedeutet das die Demoralisierung einer ganzen Schicht von Arbeitern und Jugendlichen und eine organisatorische Schwächung der Arbeiterklasse. Gleichzeitig eröffnet es den Marxisten die Chance, das Vakuum zu füllen, das hier hinterlassen wird. Jugendliche und Arbeiter, die nach einer sozialistischen Alternative suchen, werden sich in Zukunft weniger denn je an stalinistische Organisationen und Strömungen wenden. Für sie wird die marxistische Tendenz – auch wenn sie relativ klein ist – attraktiver denn je. Selbst im Osten wird Interesse an sozialistischen Ideen wieder aufkommen, je mehr die Herrschenden Kampagne dagegen machen und gleichzeitig mit ihrer Politik nirgend anders landen

als in Verhältnissen vor der Oktoberrevolution bzw. in Osteuropa in der Zwischenkriegszeit.

142. In der exkolonialen Welt ist nicht ausgeschlossen, daß unter dem Druck der nächsten Rezession neue proletarisch-bonapartistische Regimes entstehen. Sie werden aber nicht mehr so stabil sein und nicht mehr die gleiche Anziehungskraft ausüben wie in der Vergangenheit.

143. Der Beginn der sozialen Konterrevolution darf nicht mit ihrem Sieg gleichgesetzt werden. In der Geschichte hat sich immer wieder gezeigt, daß die Massen unter dem Druck ihrer Erfahrungen Sprünge im Bewußtsein machen. Die Erfahrungen mit der kapitalistischen Restauration und der nächsten Weltwirtschaftskrise könnten zu solchen Sprüngen im Bewußtsein führen – auch in der Sowjetunion und in den anderen Ostblockländern. Die Arbeiterklasse könnte ihre Illusionen und ihre relative Passivität schnell verlieren, erneut die Bühne der Geschichte betreten und eine neue Qualität von Kämpfen führen.

144. Falls die Entwicklung der kapitalistischen Restauration längerfristig zu noch tieferer Demoralisierung und Apathie der Massen führt – vor allem nach einer Serie von Niederlagen – könnte sich das Zentrum der Weltrevolution in Richtung fortgeschrittene kapitalistische Staaten verschieben.

145. Bei der Arbeiterklasse im Westen hat es zwar in den 80er Jahren ebenfalls einen Rückschritt im Bewußtsein gegeben. Der Rechteruck der Führung der Arbeiterbewegung ist ein gewaltiges Hindernis für die künftigen Kämpfe der Arbeiterklasse. Dieser Rückschritt könnte aber relativ schnell aufgeholt werden. Die Arbeiter im Westen wurden durch den Aufschwung zahlenmäßig und in ihrem Selbstbewußtsein gestärkt. Sie haben im allgemeinen keine entscheidende Niederlage hinter sich. Diese Stärke gibt ihnen einen Vorteil gegenüber ihren Kollegen im Osten und in der exkolonialen Welt. Bei künftigen Angriffen und Versuchen, Krisenlasten auf sie abzuwälzen, werden sie diese Stärke nutzen, um ihre Interessen zu verteidigen. Da der Spielraum der Kapitalisten für Zugeständnisse immer enger wird, dürfte spätestens die zweite Hälfte der 90er Jahre die größten Klassenkämpfe und eine neue Periode revolutionärer Bewegungen auf die Tagesordnung setzen.

Krise und Zusammenbruch des Stalinismus

Die Entwicklungen im ehemals stalinistischen Block haben alle politischen Kräfte international überrascht. Zwar konnten auch wir den Zeitpunkt revolutionärer Umwälzungen nicht voraussehen. Doch daß sich die Widersprüche des Stalinismus durch revolutionäre Ausbrüche Luft machen würden, haben wir jahrelang vertreten. Rückblickend müssen wir jedoch untersuchen, welche unserer früher aufgestellten Perspektiven durch den Verlauf der Ereignisse bestätigt worden sind und welche korrigiert werden müssen.

Unsere grundlegenden Analysen des Stalinismus, der Notwendigkeit und Unvermeidbarkeit einer politischen Revolution wurden bestätigt. Doch daß das Ergebnis dieser Entwicklung die Stärkung pro-kapitalistischer Tendenzen bis hin zur (im Fall der DDR bevorstehenden) erfolgreichen kapitalistischen Restauration sein würde, dies haben auch wir nicht erwartet und die Gründe dafür offensichtlich unterschätzt.

In unserer Analyse des Stalinismus haben wir uns auf die hervorragenden Arbeiten Trotzki und der Linken Opposition in den 20er und 30er Jahren bezogen, deren Aussagen voll bestätigt wurden. Wir haben uns – als einzige Strömung in der Arbeiterbewegung und der Linken allgemein – immer geweigert, dieses System als „sozialistisch“, „autoritär-sozialistisch“ oder „kommunistisch“ zu bezeichnen. Dafür wurden wir immer wieder des „Anti-Kommunismus“ beschuldigt. Gleichzeitig haben wir jedoch auch immer das Gemeineigentum an Produktionsmitteln und die Planwirtschaft verteidigt und tun dies noch, während unsere früheren Kritiker längst ins Lager der pro-Marktwirtschaftler übergelaufen sind.

Unsere wesentlichen Aussagen waren:

1) Die osteuropäischen Staaten, China und einige Länder der 3. Welt sind weder staatskapitalistisch noch sozialistisch, sondern deformierte Arbeiterstaaten. „Arbeiterstaaten“ aber nur insofern als Kapitalismus und Großgrundbesitz gestürzt und Eigentumsverhältnisse geschaffen wurden, die im historischen Interesse der Arbeiterklasse sind. Diese Eigentumsverhältnisse sind zwar eine notwendige, aber keine

hinreichende Voraussetzung für die Charakterisierung als sozialistisch. Solange eine Mangelwirtschaft besteht, eine bürokratische Elite an der Macht ist und die arbeitende Bevölkerung politisch entrechtet ist, kann von einer Entwicklung hin zum Sozialismus keine Rede sein.

2) Sozialismus kann nicht in einem Land aufgebaut werden, wie von den Stalinisten behauptet. Sozialismus knüpft am höchstentwickelten kapitalistischen Niveau der Produktivkraftentwicklung an. Der Kapitalismus hat durch weltweite Arbeitsteilung und ökonomische Integration einen Weltmarkt geschaffen. Sozialismus kann daher auch nur international verwirklicht werden, denn die materiellen Voraussetzungen sind nur international, nicht aber in einem einzelnen Land gegeben (schon gar nicht in einem rückständigen). Natürlich kann durch revolutionäre Umwälzungen in einem Land damit begonnen werden, die Grundlagen für eine sozialistische Entwicklung in Form der Errichtung einer Arbeiterdemokratie zu legen. Aber wenn dieser Prozeß nicht unter aktiver Beteiligung der Massen vollzogen und in der internationalen Arena vollendet wird, dann muß es zwangsläufig zu Deformationen kommen.

3) Die Bürokratie entspringt nicht bürokratischer Engstirnigkeit und administrativem Fehlverhalten, sondern ist eine herrschende Kaste, die die politische Macht innehat und ihre Privilegien verteidigt. Die Arbeiterklasse der Sowjetunion, die mit der Oktoberrevolution 1917 die Macht erobert hatte, wurde in der Stalin-Ära politisch entrechtet und entmündigt. Stalin als oberster Repräsentant der millionenköpfigen bürokratischen Kaste führte eine politische Konterrevolution an, die alle Errungenschaften der Oktoberrevolution vernichtete, außer den Eigentumsverhältnissen und der Planwirtschaft.

4) In Osteuropa wurden mit dem Vordringen der Roten Armee Satelliten-Staaten nach dem Modell des nunmehr entarteten Arbeiterstaates errichtet; sie waren von Anfang an deformiert.

5) Die sog. kommunistischen Parteien können – nachdem sie zu staatstragenden Institutionen geworden war – in all diesen Staaten weder als kommunistisch noch als Parteien bezeichnet werden; sie waren zu Vereinigungen der herrschenden Eliten, organisierenden Zentren der nationalen Bürokratien, Instrumenten ihrer staatlichen Machtausübung geworden.

6) Die Bürokratie verteidigte in der Vergangenheit die Grundlagen der Planwirtschaft nicht aus sozialistischen Erwägungen, sondern weil sie die Quelle ihrer Privilegien war. Die Bürokratie ist kein notwendiges Organ der Planwirtschaft – so wie die Kapitalisten ein notwendiges Organ des Kapitalismus sind – sondern ein parasitäres Krebsgeschwür.

7) Sie ist jedoch auch keine besitzende Klasse, sondern eine herrschende Kaste. Zwar konsumiert sie einen großen Teil des gesellschaftlichen Mehrprodukts, doch dies vermittelt ihrer Kontrolle über den Staatsapparat und nicht als Privateigentümer an den Produktionsmitteln.

8) Eine ganze historische Periode lang konnten sich die Vorteile der Planwirtschaft trotz Bürokratie entfalten, wenn auch zu immensen Kosten. Die Bürokratie war ein relatives Hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte, weil bei demokratischer Kontrolle die Wirtschaft viel schneller und harmonischer hätte entwickelt werden können. Die Bürokratie wurde aber zum absoluten Hindernis für die Weiterentwicklung der Produktivkräfte, nachdem der grundlegende wirtschaftliche Aufbau, die Entwicklung von Infrastruktur und Industrie abgeschlossen war, was – mehr schlecht als recht – auch noch mit bürokratischen Kommandomethoden bewältigt werden kann. In einer komplexen Industriegesellschaft jedoch kommt Planwirtschaft ohne Kontrolle der Produzenten nicht mehr weiter.

9) Kein Wechsel in der Politik der herrschenden Elite kann letztlich eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme bringen, weder Zentralisierung, noch Dezentralisierung, noch Gorbatschows Perestroika, denn das Problem ist die Existenz der herrschenden Elite selbst. Mit der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente werden nur die Übel beider Systeme miteinander kombiniert: die Anarchie des Marktes mit der bürokratischen Kommandowirtschaft.

10) Gorbatschows „Reformen“ sind der Versuch, die Herrschaft der Bürokratie als Ganze zu erhalten, und durch Reformen von oben eine Revolution von unten zu verhindern. Dieser Versuch ist wirtschaftlich wie politisch zum Scheitern verurteilt.

11) Die Bürokratie war nie so monolithisch, wie es nach außen schien. Repression und Unterdrückung ist kein Zeichen der Stärke herrschender Eliten, sondern der Schwäche. Unter der scheinbar ruhigen Oberfläche häuften sich die Widersprüche an. Der Hauptwiderspruch lag in der Unvereinbarkeit von staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln und der bürokratischen Herrschaft. Die Krise ist daher auch keine Krise der Planwirtschaft als solcher, sondern der Herrschaft der Bürokratie.

12) Die Bürokratie konnte ihre Herrschaft nur auf Grundlage der relativen Passivität der Massen aufrecht erhalten. Zur Einschüchterung der eigenen Bevölkerung war sie auf das Feindbild des kapitalistischen Westens angewiesen und hatte u.a. auch deswegen entgegen der hiesigen Propaganda keinerlei Interesse an einer wie immer gearteten Ausweitung der Revolution. Im Gegenteil, sie spielte bei zahlreichen internationalen Entwicklungen eine konterrevolutionäre Rolle.

13) Sobald Risse und Spaltungen in der herrschenden Kaste deutlich werden, wird die arbeitende Bevölkerung zur Kritik und politischen Aktion gegen die Bürokratie ermutigt. Wenn sich die Masse der Arbeitenden einmal erhebt, kann die Bürokratie sich nicht mehr halten sondern hängt in der Luft. Wegen der Stärke der Arbeiterklasse kann eine solche Revolution relativ friedlich verlaufen, weil die Bürokratie keine Stütze in der Gesellschaft zu ihrer Verteidigung mehr findet und die unteren Teile der Staatsapparates auf die Seite der Arbeiter wechseln.

14) Von der Herrschaft der Bürokratie zur echten Arbeiterdemokratie führt kein reformistischer Weg, sondern nur der Weg einer politischen Revolution, die unter

Beibehaltung der Eigentumsverhältnisse und des Plans den gesamten gesellschaftlichen Überbau umwälzt, die Bürokratie als Kaste stürzt und demokratische gesellschaftliche Kontrolle von Wirtschaft und Staat einführt.

15) Der Beginn einer Revolution gegen die Bürokratie in einem Land wird sich unweigerlich international fortsetzen und wie beim Domino-Effekt alle stalinistischen Staaten erfassen.

Diese Aussagen wurden durch den Gang der Ereignisse bestätigt. Doch was die Entwicklung der Tendenzen zur Wiederherstellung des Kapitalismus in Osteuropa angeht, so sind auch wir davon überrascht worden. Hier ist zu analysieren, was die Gründe dafür sind und welche Faktoren wir falsch eingeschätzt haben.

Eins machen die bisherigen Erfahrungen auf jeden Fall deutlich: es kann keine dauerhafte Koexistenz von bürokratischer Herrschaft und demokratischen Elementen geben. Liberalisierungen, Zulassungen von Wahlen, anderen politischen Strömungen oder Parteien, demokratische Zugeständnisse sind entweder der Auftakt zu einer politischen Revolution, zur stalinistischen Konterrevolution (wie in Polen 1980/81) oder zur Wiedererrichtung des Kapitalismus (wie jetzt in der DDR). Zwischenstadien einer stalinistischen Herrschaft bei gleichzeitiger politischer Liberalisierung kann es nur relativ kurzfristig geben. Ein solches prekäres Gleichgewicht der Kräfte hält sich nicht lange. Die Bürokratie kann es sich – anders als die Kapitalisten – für einen längeren Zeitraum nicht leisten, ihre staatliche Machtstellung einschränken zu lassen, zu teilen oder sogar zeitweise abzugeben. Denn sie hat keine Wurzeln in den Eigentumsverhältnissen selbst, sondern hält sich nur vermittels des Staates an der Macht.

Entweder die bürokratische Herrschaft wird durch eine Arbeiterdemokratie ersetzt, oder eine Rückkehr zum Kapitalismus ist unvermeidlich. Selbst eine stalinistische Konterrevolution verschafft der Bürokratie in der heutigen internationalen Situation nur eine relativ kurze Atempause, wie das Beispiel Polens in den 80er Jahren zeigt. Die Probleme werden dadurch nicht gelöst, sondern stellen sich später verschärft. Die beiden Hauptalternativen stehen dann erneut auf der Tagesordnung.

Die heutigen starken Tendenzen zur kapitalistischen Restauration sind keinesfalls eine Widerlegung des Marxismus, sondern können im Gegenteil nur mit marxistischen Methoden erklärt werden.

Der Marxismus lehrt, daß die Entwicklung der Produktivkräfte die grundlegende Triebfeder gesellschaftlicher Entwicklungen sind. Ein Gesellschaftssystem ist dem Untergang geweiht, wenn es alle innewohnenden Möglichkeiten zur Entwicklung der Produktivkräfte ausgeschöpft hat. Der Stalinismus war schon seit geraumer Zeit an diese Grenzen gestoßen, und dies ist auch die Ursache für die Krise.

Dies bedeutet nicht, daß die Planwirtschaft dem Kapitalismus unterlegen sei. Ohne den Sturz von Kapitalismus und Großgrundbesitz, ohne Gemeineigentum und Planwirtschaft wäre es insbesondere den rückständigen, vom Imperialismus abhän-

gigen Ländern mit geringer Arbeitsproduktivität nie möglich gewesen, sich überhaupt weiterzuentwickeln. Sie wären auf dem Stand von verarmten „Dritte-Welt“-Ländern verharret. Und die Entwicklung von rückständigen Agrarstaaten zu Industrienationen, die Herausbildung einer starken und gebildeten Arbeiterklasse, die Möglichkeit zumindest zur Grundversorgung der Bevölkerung wäre verbaut geblieben.

In der parasitären Stellung der bürokratischen Elite lagen von Anfang an Gefahren für die Fortexistenz der Planwirtschaft. Schon Trotzki wies in Anbetracht ihrer ökonomischen wie politischen Unfähigkeit auf die verschiedensten Möglichkeiten der kapitalistische Restauration durch äußere oder innere Kräfte hin.

Er erörterte u.a. die Möglichkeit, daß sich die bürokratische Kaste über kurz oder lang wieder in eine Klasse verwandeln könnte. Sie würde „sich auf einer weiteren Stufe unvermeidlich nach Stützen in den Eigentumsverhältnissen umsehen müssen. Man mag einwenden, es sei dem großen Bürokraten gleichgültig, welche Eigentumsformen vorherrschen, solange sie ihm nur das nötige Einkommen garantieren. Dieser Einwand übersieht nicht nur wie unsicher die Rechte des Bürokraten sind, sondern auch die Frage der Nachkommenschaft. Die Privilegien sind nur halb so viel wert, wenn man sie nicht den Kindern vermachen kann. Doch das Erbrecht ist vom Eigentumsrecht nicht zu trennen. Es genügt nicht, Direktor eines Trusts zu sein, man muß Teilhaber sein. Ein Sieg der Bürokratie auf diesem entscheidenden Gebiet würde bedeuten, daß sie sich in eine neue besitzende Klasse verwandelt hat.“ (Trotzki, Verratene Revolution)

Die Bürokratie verteidigt die Planwirtschaft nur, insofern sie ihre Privilegien sichert. Da sie die Wirtschaft nicht mehr weiterentwickeln konnte, die Widersprüche sich anhäufte, der Boden unter ihren Füßen zu schwanken begann und ihre Herrschaft gefährdet war, sah sie sich nach alternativen Herrschaftsformen um. Dies konnte selbstredend nicht etwa eine Arbeiterdemokratie sein, denn damit würde sie sich selbst entmachten. Nur der Kapitalismus konnte eine Alternative sein, weil er ebenfalls die Herrschaft einer privilegierten Elite auf dem Rücken der Arbeitenden sichert.

Die wirtschaftliche Krise, die Stagnation der Produktivkräfte, gepaart mit dem Willen der Bürokratie zur Machterhaltung sind die Gründe, warum sich Teile der Bürokratie mehr und mehr der Marktwirtschaft zuwandten.

Zunächst wurden Experimente mit marktwirtschaftlichen Maßnahmen im Rahmen der Planwirtschaft versucht (Ungarn, Jugoslawien, Sowjetunion unter Gorbatschow). Doch als das Scheitern solcher Versuche immer deutlicher wurde, entwickelten sich starke pro-kapitalistische Flügel, die mittlerweile in einer Reihe dieser Staaten tonangebend sind und nicht mehr auf halbem Weg stehenbleiben wollen.

Die Bürokratie ist durch und durch demoralisiert. Sie hat kein Vertrauen mehr in ihr System und läuft daher zu großen Teilen und mit fliegenden Fahnen zum Kapitalismus über.

Die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft in den letzten Jahren muß allerdings in engen Zusammenhang damit gesehen werden. Mittlerweile befinden wir uns im 8. Jahr eines kapitalistischen Aufschwungs, der in einer Reihe von Industriestaaten der längste dieses Jahrhunderts ist. Zwar ist er dennoch nicht mit dem Boom der zweieinhalb Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg zu vergleichen, er ist wesentlich schwächer und labiler. Auch hat er bei weitem nicht alle kapitalistischen Länder, sondern nur die entwickelten Industrieländer erfaßt. Dennoch hat er große Auswirkungen auf das Bewußtsein aller Schichten und Klassen, sowohl im Westen wie im Osten. Scheinbar ist der Kapitalismus besser in der Lage, Bedürfnisse zu befriedigen und für stabile Machtverhältnisse im Innern zu sorgen.

Von diesem Aufschwung ist sowohl die Bürokratie in Osteuropa geblendet als auch – im unterschiedlichen Ausmaß – weite Teile der Bevölkerung dort, die Illusionen in die sogenannte soziale Marktwirtschaft haben. Illusionen, die von der Bürokratie selbst genährt wurden und werden, indem sie die Überlegenheit marktwirtschaftlicher Mechanismen propagiert.

Diese Illusionen von Teilen der Arbeiterklasse, die Bereitschaft, Schritte Richtung Marktwirtschaft mitzutragen, ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß den verschiedenen Bürokratien entweder von innen heraus und/oder mit westlicher Hilfe die Wiederherstellung des Kapitalismus gelingen kann. Die Bürokratie selbst, bot, wie erwähnt, noch nie eine Garantie für die Sicherung der Planwirtschaft, sondern nur die Arbeiterklasse. Bisher sind wir davon ausgegangen, daß die Arbeiterklasse solche Schritte Richtung Restauration nicht kampflos zulassen würde, da dies einem Ausverkauf des gesellschaftlichen Eigentums gleichkommt und letztlich nur zu ihren Lasten geht. Wir haben zwar in der Vergangenheit die Möglichkeit einer Wiederherstellung des Kapitalismus theoretisch nicht ganz ausgeschlossen. Jedoch nur unter der Voraussetzung, daß

- sich im Westen ein langanhaltender, substantieller Aufschwung ähnlich dem Nachkriegsboom entwickeln würde.
- im Osten die Arbeiterklasse nach mehrfachen erfolglosen Kämpfen für eine politische Revolution schwere Niederlagen erlitten hätte.

Doch das Ausmaß der wirtschaftlichen Krise in Osteuropa ist so groß, daß selbst ein schwächerer kapitalistischer Aufschwung wie dieser, größere politische Auswirkungen in Osteuropa hat als der Nachkriegsboom. Wegen der Verwirrung und der Illusionen der Arbeiterklasse kommt die Gefahr einer Restauration daher nicht in Form einer ökonomischen oder gar militärischen Intervention des Kapitalismus daher, sondern findet Stützen im Bewußtsein nicht nur der Bürokratie, sondern auch der Massen. Nur deshalb besteht die Möglichkeit einer kapitalistischen Konterrevolution sogar mit relativ friedlichen Mitteln, wie jetzt in der DDR.

Ganz entscheidend für die Illusionen in die Marktwirtschaft unter der arbeitenden Bevölkerung ist dabei aber auch die Tatsache, daß es keine relevante politische Kraft in den osteuropäischen Ländern gibt, die eine sozialistische Alternative aufzeigt. Teile

der Bürokratie, große Schichten der Intelligenz in einer Reihe von Ländern, fast alle oppositionellen Gruppierungen sind mittlerweile pro Marktwirtschaft. Widerstand dagegen kommt nur von den diskreditierten stalinistischen Hardlinern. Eine starke marxistische Strömung, die den Weg zu einer sozialistischen Demokratie auf Grundlage einer demokratisch geplanten Wirtschaft aufzeigt, gibt es vorläufig nicht.

Hätte es sie zu Beginn der Revolutionen in Osteuropa gegeben, dann wäre sie ein Anziehungspol für die bewußtesten Teile der Arbeiterklasse geworden. Andererseits ist es natürlich auch kein Zufall, daß es keine sozialistische Kraft zu Beginn der Entwicklungen gab. Denn sie kann schließlich nicht vom Himmel fallen, sondern bildet sich im Gefolge von Kämpfen, von Erfahrungen der Arbeiterklasse mit anderen politischen Kräften und Konzepten heraus. Es ist die dringendste Aufgaben von Marxisten im Westen, durch internationale Solidarität beim Aufbau einer solchen Kraft zu helfen. Ansätze dazu werden sich auch bei fortschreitender Restauration ergeben, denn Kämpfe und soziale Auseinandersetzungen werden unvermeidliche Begleiterscheinung solcher Prozesse sein.

Zusammenfassend betrachtet sind also die starken restaurativen Tendenzen bedingt durch: die tiefe Krise des Stalinismus bei gleichzeitig anhaltendem kapitalistischen Aufschwung und in Ermangelung einer politischen Alternative zu Kapitalismus und Stalinismus.

Was wir in unseren bisherigen Überlegungen unterschätzt haben, sind folgende Faktoren:

- das Ausmaß der ökonomischen Misere des Stalinismus, der nicht nur zur Stagnation der Produktivkraftentwicklung geführt hat, sondern sogar teilweise schon zu Rückschritten, Desintegration und Chaos. (Allerdings war dies auch durch den Mangel an zuverlässigen Information bedingt, da man weder den frei erfundenen Statistiken der Bürokraten noch den kapitalistischen Schwarzmalern glauben schenken durfte.)
- die Länge und die politischen Auswirkungen des kapitalistischen Aufschwungs im Westen und das damit verbundene Ausmaß an Demoralisierung der Bürokratie und Illusionen bei den Massen.
- die Unabdingbarkeit einer starken marxistischen Strömung zur erfolgreichen Vollendung einer politischen Revolution und Errichtung einer Arbeiterdemokratie.

Wir müssen daher die Aussagen über die weiteren Perspektiven entsprechend korrigieren und diese neuen Erkenntnisse einfließen lassen.